Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 44. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 27. Januar 1868.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 25. Januar.

36. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministertisch Graf v. Itzenplitz und die Commissarien Lehnert und Knerk.

Der Antrag Kosch, betreffend die Ausdehnung der Darlehnskassen in Ostpreußen auf Darlehne an Handwerker etc. wird zur Schlußberathung gestellt.

Ein vom Abg. Haenel eingegangener Antrag, betreffend den Erlaß einer Städteordnung für Schleswig-Holstein wird der Gemeinde-Commission überwiesen.

Eine Petition, betreffend die Zulassung des Austritts aus der jüdischen Glaubensgenossenschaft, ohne sich einer anderen Glaubensgenossenschaft anzuschließen, welche von der Petitions-Commission als nicht geeignet zur Erörterung im Plenum erachtet worden, ist vom Abg. v. Hoverbeck wieder aufgenommen worden. Sie wird in Folge dessen zur nochmaligen Berathung an die Petitions-Commission zurückgewiesen.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Ich habe dem Hause einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung und Ablösung der in den neuen Provinzen noch bestehenden Zwangs- und Bann-Rechte, vorzulegen. Das Gesetz erstreckt sich hauptsächlich auf Hannover, Hessen und Nassau und muß nothwendig noch in dieser Session erledigt werden, da es die Vorarbeit bildet für eine neue Gewerbeordnung, welche, wie dem hohen Hause bekannt sein wird, dem nächsten Reichstage vorgelegt werden soll, und die auch, so viel mir bekannt ist, schon ziemlich fertig ist. Vor der Vorlage dieses Gesetzes an den Reichstag ist es die nothwendige grundlegende Vorarbeit, daß die Zwangs- und Bannarbeiten, die auch in den meisten Bundesländern nicht mehr bestehen, vorher gesetzlich geregelt und abgeschafft werden. Dieselben sollen theilweise aufgehoben, theilweise abgelöst werden, theils mit, theils ohne Entschädigung.

Was die geschäftliche Behandlung des Entwurfs anbelangt, so wäre es wohl das Natürlichste, daß man denselben den vereinigten Commissionen für Handel und Gewerbe und für Finanzen und Zölle vorlegte. Indessen muß ich doch darauf aufmerksam machen, daß bei der Wahl der beiden Commissionen nicht wohl gerade die Mitglieder der neuen Provinzen überwiegend berücksichtigt worden sind, während die Zuziehung derselben bei Berathung dieses Gesetzes doch sehr wünschenswerth wäre. Ich möchte daher vorschlagen, das Gesetz einer besonderen Commission zu überweisen. Erleichtert wird die betreffende Commissionsarbeit dadurch werden, daß im Allgemeinen in diesem Gesetze die Grundsätze reproducirt und zur Geltung gebracht sind, welche wir vor etwa 20 Jahren in den alten Provinzen angewendet haben, welche also den Mitgliedern bekannt sind. Wir sind von diesen Grundsätzen nur da abgegangen, wo einzelne Unzuträglichkeiten sich herausgestellt haben, welche zu beseitigen wir bemüht gewesen sind.

Der Präsident schließt sich dem Vorschlage des Ministers auf Ueberweisung des Gesetzes an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern an.

Abg. v. Hennig macht darauf aufmerksam, daß in den Commissionen für Finanzen und Zölle und Handel und Gewerbe mehrere hervorragende Mitglieder der neuen Provinzen seien, u. A. die Abgg. Braun, v. Bennigsen, v. Scheel-Plessen, Grumbrecht; er beantragt Ueberweisung des Entwurfs an diese beiden vereinigten Commissionen.

Das Haus nimmt den Antrag des Abg. Hennig an.

Der Handelsminister: Ich habe sodann ein zweites Gesetz vorzulegen, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Posen nach Thorn mit einer Abzweigung nach Bromberg; dieselbe wird in dem Eisenbahnnetz, welches Kraft der Beschlüsse des Hauses hoffentlich bald zu Stande kommen wird, die Lücke ausfüllen, welche, ich möchte sagen, zwischen Wilna und Leipzig noch existirt, und erfolgt durch dies Gesetz die Zinsgarantie-Uebernahme für die Oberschlesische Eisenbahn-Gesellschaft, die den Bau dieser Bahn übernommen hat.

Das Gesetz wird ebenfalls den vereinigten Commissionen für Handel und Gewerbe und für Finanzen und Zölle überwiesen.

Die Vorberathung des Etats des Cultus-Ministeriums war stehen geblieben bei dem Abschnitt Unterrichtswesen (Titel 22 und 23 — Schullehrer-Seminarien und Elementarschulen.)

Abg. Bieck sucht die Vorwürfe zu widerlegen, die in der gestrigen Debatte gegen die Verwaltung der Volksschulen von Seiten des Unterrichtsministers besonders vom Abg. Harkort gemacht worden, und weist besonders die Behauptung zurück, daß für das Militär so viel unnütz ausgegeben werde, daß für die Volksschulen nichts übrig bleibe. Redner wünscht im Gegensatz zu mehreren Vorrednern keine Trennung der Schule von der Kirche, sondern eine innige Verbindung derselben; es sei gerade nothwendig, zu Seminar-Directoren Theologen zu berufen, um die Seminarien in innigster Verbindung mit der Kirche zu erhalten. Die Regulative seien sehr zweckmäßig; es sei unwahr, daß die Seminarien und Volksschulen dadurch zurückgegangen wären; im Gegentheil ständen sie glänzender da, denn je, gerade durch den günstigen Einfluß der Regulative. Die Regulative sind so gesund und so überzeugend, daß Jeder, der sie unbefangen prüft, die darin aufgestellten Grundsätze für ganz ausgezeichnete halten muß. Nur Unkenntniß damit oder böser Wille können Veranlassung geben, so harte Urtheile darüber zu fällen, wie es häufig geschieht. Möge die Staatsregierung die Regulative, anstatt sie aufzuheben, in ihrem wahren Geiste überall durchführen, so wird die Volksbildung eine wahrhaft fruchtbare werden. Redner hielt sodann noch eine längere Lobrede auf die günstige Wirkung der Regulative, die er als Schulrath selbst zu beobachten Gelegenheit gehabt habe, wenn sich nachtheilige Wirkungen gezeigt hätten, so käme das blos daher, weil die Regulative an vielen Schulen noch nicht gründlich durchgeführt wären.

Die Thatsache sei allerdings auch ihm überraschend gewesen, daß nach der vorgelegten Uebersicht bei Einstellung zum Militär in einzelnen Regierungsbezirken 15, 16 resp. 17 pCt. der Militärpflichtigen noch ohne die nöthige Schulbildung vorgefunden worden. Aber der Schluß des Abg. Harkort, daß dies an der geringen Lehrerbildung in einzelnen Provinzen liege, sei unrichtig; die Lehrerbildung sei in allen Provinzen gleich, andere Gründe vielmehr, wie z. B. der unregelmäßige Schulbesuch, wären die Veranlassung dazu. Allerdings sei es zu beklagen, daß Mangel an Lehrern sich herausstelle, daß die Zahl der dem Lehrerfache sich Widmenden in erschrecklicher Weise abnehme; der Grund könne jedoch nicht der allein sein, daß die äußere Stellung so gering dotirt sei; sondern vielmehr der, daß die Liebe und Fürsorge der Geistlichen zum Schulwesen etwas nachgelassen habe, die Geistlichen müßten auf die Jugend einzuwirken suchen, daß sie sich dem Schulfache widmen; wer wirklich inneren Trieb dazu habe, werde sich durch die klägliche Lage der Lehrerstellung nicht davon abhalten lassen. Solche Lehrer, die nur durch die Aussicht auf die gute Stellung sich dem Lehrfache widmen, sind in der Regel nicht die besten. — Er wünscht schließlich, daß auch denjenigen Präparanden, die nicht auf Seminarien vorgebildet sind, sondern sich privatim vorbereiten, die Vergünstigung einer blos sechswöchentlichen Militärdienstzeit gewährt werde. — Die Aeußerungen einiger Vorredner über das zu geringe Gehalt der Lehrer in der schroffen Form, wie sie vorgebracht, bedauere er aufrichtig, da dieselben in die Lehrer, anstatt sie zum besonnenen Warten auf die allmälige Entwickelung ihrer Gehaltsverhältnisse zu bewegen, nur den Geist der Unzufriedenheit pflanzen. (Beifall rechts.) Redner wünscht sodann, daß das Herrenhaus das Schuldotationsgesetz recht schnell erledigen möge, damit es noch vom Abgeordnetenhause berathen werden könne. Die Festsetzung eines Minimalgehaltes dabei genügt jedoch nicht. Ein junger, unverheiratheter Lehrer wird eher mit 120 Thlrn. jährlich nebst freier Wohnung und Holz auskommen, als ein Familienvater mit 300 Thlrn.; es muß deshalb in das Gesetz der Grundsatz aufgenommen werden, daß das Gehalt der Lehrer mit den Jahren zunimmt und so normirt wird, daß es sie von drückenden — nicht von allen, denn das ist nicht gut — Sorgen frei macht. Wenn in dieser Weise das Gesetz verbessert wird, so werden diejenigen Lehrer, die den rechten Geist und Sinn haben, das Gesetz mit Freuden begrüßen. — Den Appell um Aufbesserung der Gehälter der Lehrer möge man übrigens nicht immer an das Staatsministerium, sondern vielmehr an die Gemeinden richten, die in erster Linie zum Unterhalt der Schulen und Lehrer verpflichtet sind. (Beifall rechts.)

Abg. v. Vincke-Olbendorf bedauert, daß mit so vieler Uebertreibung die Schäden des Schulwesens aufgedeckt worden seien; der Bildungszustand in Preußen und speciell das Elementarschulwesen ständen trotzdem auf einem so glänzenden Standpunkte, wie in keinem anderen Lande. Redner wendet sich sodann gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Schlichting und meint, daß diese wohl kaum auf eigener Anschauung von der Sache beruhen könnten. Redner bekämpft sodann den Antrag, daß auch den nicht auf Seminarien gebildeten Präparanden ein Nachlaß an der Militardienstzeit gewährt werde; er wünscht vielmehr, daß alle Lehrer, auch die auf Seminarien gebildeten, wenigstens 1 Jahr dienen; das liege in ihrem eigenen Interesse. Sie würden sich durch eine längere Militärdienstzeit viele Eigenschaften erwerben, die ihnen als Lehrer sehr nöthig wären, z. B. Pünktlichkeit, Disciplin und größere Uebung im Turnen. Bei der Gehaltserhöhung der Elementarlehrer darf man auch nicht zu weit gehen; denn es ist durchaus nicht gut, wenn die Lehrer besser gestellt sind und in Folge dessen eine bessere Lebensweise zu führen im Stande sind, als die Bauern z. B., deren Kinder sie unterrichten.

Abg. v. Vincke-Minden: Die Uebertreibungen des Abg. Harckort können nur die Lehrer unzufrieden machen und unser Land in den Augen des Auslandes herabsetzen. Gerade die Angaben, die er nach statistischen Ermittelungen uns gemacht, sind weder gut gewählt noch richtig beleuchtet. (Redner führt gleichfalls statistische Zahlen vor, die zu ganz andern Resultaten führen.) Wir haben doch auf diesem Gebiete in den letzten Jahren Fortschritte gemacht, aber Herr Harckort malt nur das aus, was ihm mißfällt, das Gute übergeht er mit Stillschweigen. Bei allen diesen Klagen, daß für die Schule zu geringe Summen verwendet würden, übersieht man vollständig die ausdrückliche Bestimmung unserer Verfassung, wonach der Staat nur im Unvermögensfalle der Gemeinden einzutreten hat. Diesem Princip widerstreitet auch der Antrag des Abg. Bieck (s. u.).

Die Vergleichung der Kosten des Militärs und der der Schule hat gar keinen Zweck. Ehe wir überhaupt im Staate auch nur einen Groschen für die Schule aufwenden können, müssen wir doch erst überhaupt existiren. Was soll da die Behauptung, daß der Staat für jeden Soldaten 245 Thlr. dahingebe? Wenn Sie durchaus Unzufriedenheit erregen wollen, so geben Sie wenigstens richtige Zahlen an! (Bravo! rechts.) Das Wichtigste ist, daß der Staat die Gemeinden zur strengen Einhaltung ihrer Pflichten gegen die Schule zwingt, und dazu ist das uns durch die Verfassung verheißene Unterrichtsgesetz dringend nothwendig. Allerdings von dem jetzt im andern Hause vorgelegten Schulgesetz erwarte ich nicht das Allergeringste; ich glaube nicht, daß, so lange wir überhaupt Landtage in Preußen haben, je ein so schlechtes Gesetz vorgelegt worden ist. (Bravo!) Und Niemand ist eigentlich damit einverstanden; so oft man mit Räthen aus dem Cultusministerium spricht, Jedermann sagt: Bewahre! ich kann nichts dafür! (Heiterkeit.) — (Redner verliest zum Beweise, wie hochgeachtet unser Volksschulwesen im Auslande, namentlich in England sei, einige Artikel der „Weser-“ und der „Kölnischen Zeitung“.) Wir können noch immer Anspruch machen auf den Ruhm des Staates der Intelligenz. Aber die Zustände des eigenen Vaterlandes so schwarz zu malen, wie der Abg. Harkort es thut, in einem Augenblicke, wo wir vor Europa gleichsam auf dem Präsentirteller stehen, m. H., das ist nicht wohlgethan. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Reg.-Commissar Lehnert: Die Abg. Bieck und v. Vincke haben die Angriffe des Abg. Harckort so schlagend zurückgewiesen, daß ich darauf nicht mehr einzugehen brauche. Dem Abg. Schlichting ist jedenfalls die Anwendung der Regulative nicht bekannt, und ich möchte daran erinnern: durch die Regulative ist man im Jahre 1866 auf den Standpunkt gebracht, daß laut verkündet worden ist, nicht bloß die Zündnadel, auch die Schule habe diese Schlachten geschlagen, die regulativmäßige Elementarschule, die ihre Blüthe der Grundlage dankt, auf der sie steht. Ob die Erfolge unserer katholischen Volksschulen, bei denen die Regulative nicht eingeführt sind, größer sind als die der evangelischen, lasse ich dahingestellt sein. Das Beneficium, das der Abg. v. Vincke (Olbendorff) für die Volksschullehrer hinsichtlich ihres Militärdienstes erstrebt, würde ein beneficium flebile und weder dem Staatsinteresse heilsam, noch der Schulsache nützlich sein. — Das Bedürfniß der Vermehrung der Lehrkräfte in Oberschlesien erkennt die Regierung seit Jahren an. Wenn aber der Abg. Renard sagt, an Schulhäusern fehle es dort nicht, nur an Lehrern, so hat die Regierung die entgegengesetzte Erfahrung gemacht und hat gefunden, daß es gerade außerordentlich schwer ist, die nöthigen Räumlichkeiten zu beschaffen. Jedenfalls aber wird die Regierung in nächster Zeit in Erwägung nehmen, ob in Oberschlesien ein neues utraquistisches Seminar zu errichten sei. — Der Hr. Abg. v. Vincke hätte sich wohl seiner etwas voreiligen Kritik über das noch nicht eingebrachte Gesetz enthalten können. Sie werden von mir keine eingehende Erwiderung erwarten; doch bemerke ich, daß ich wenigstens nicht zu den Räthen gehöre, die die Ehre gehabt haben, von ihm über dies Gesetz befragt zu werden; ich habe ihm daher auch keine Antwort ertheilt und würde jedenfalls, wenn ich ihm eine ertheilt hätte, von ihm die Discretion erwartet haben, daß er dieselbe hier nicht mittheilte.

Die Discussion wird geschlossen; es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Graf Renard erwidert dem Regierungs-Commissar, er habe gerade gesagt, es fehlten die Räumlichkeiten.

Abg. v. Vincke-Minden: Ich habe nur von Räthen des Cultusministeriums gesprochen; der Herr Unterstaats-Secretär aber steht in meinen Augen in der Verwaltungshierarchie so weit erhaben über den übrigen Räthen, daß ich an ihn habe gar nicht denken können.

Abg. Harkort bedauert, daß ihm durch den Schluß der Discussion die Gelegenheit entzogen sei, auf die Angriffe Biecks und von Vincke's zu antworten.

Vor der Abstimmung erklärt Abg. Bieck Namens der Commissarien des Hauses, daß sie ihren ersten Antrag, betreffend die Erhöhung des Dispositionsfonds, zurückziehen, dagegen den zweiten in folgender amendirter Form aufrecht erhalten: „die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß auch denjenigen militärpflichtigen Elementarlehrern und Schulamts-Candidaten, welche nicht auf einem Schullehrerseminar ihre Vorbildung erhalten haben, die Vergünstigung einer nur sechswöchentlichen Dienstzeit gewährt werde“.

Nachdem dieser Antrag mit großer Majorität angenommen worden, wird die Specialdebatte über den Antrag der Abgg. Bieck, Polomski und Wantrup eröffnet: die Regierung aufzufordern, zur Verbesserung des Gehalts der Elementarlehrer, sowie zur Errichtung neuer Schulsysteme — so weit dies nicht durch die zunächst dazu verpflichteten Gemeinden geschehen kann — eine größere Summe auf den Etat zu bringen.

Abg. Knapp beleuchtet die bisherigen nassauischen Schulverhältnisse den preußischen gegenüber. (Der Saal entleert sich und die Zurückbleibenden sind so unruhig, daß der Redner gar nicht zu verstehen ist.)

Abg. v. Czarlinski bleibt vollständig unverständlich, da er der Journalistentribüne den Rücken zudreht und so leise und schnell spricht, als wenn er sich bei einer Privatunterhaltung in einem kleinen Zimmer befände; er scheint über die Schulverhältnisse in Westpreußen mit besonderer Berücksichtigung auf die der polnischen Nationalität Angehörigen zu sprechen.

Dr. Paur: Es ist vorher viel über die Vortrefflichkeit der Schulregulative gesprochen worden. Ich wurde dabei an das Dichterwort erinnert: „Wenn man es so hört, möcht's leidlich scheinen, es steht aber doch schief darum.“ Ich kann bei dieser Gelegenheit nicht auf eine Discussion der angeblichen Vorzüge der Regulative eingehen, wenn man aber die Siege des Jahres 1866 der Volksbildung zuschreibt, so kann diese doch nicht auf eine regulativmäßige Ausbildung der Lehrer zurückgeführt werden. Ueber die Unzulänglichkeit der Gehälter zu sprechen, ist eigentlich kaum noch nöthig. Ich selbst kenne zwei Lehrer, die nach achtjähriger Amtsthätigkeit auf 190 Thlr. und einen andern, der nach 16 Jahren endlich auf 225 Thlr. gekommen ist. Ein vierter Lehrer, der außerdem Cantor und Organist ist, bezieht nach 25jährigem Dienste mit allen Emolumenten 250 Thlr. Alle diese Leute hofften bei der Vertheilung der 165,000 Thlr. berücksichtigt zu werden, sind aber großentheils in ihren Hoffnungen getäuscht und theilweise auf Zulagen aus Communalmitteln verwiesen worden, während die Gemeinden selbst nicht im Stande sind, den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Daß die Lehrer von diesen Besoldungen nicht leben können, ist klar; es bleibt ihnen also weiter nichts übrig, als nebenbei durch Privatstunden oder andere Thätigkeit ihren Lebensbedarf zu decken, wodurch ihre Kräfte dem Schulunterrichte selbst wieder theilweise entzogen werden. Die Aussicht auf eine radicale Aenderung der Verhältnisse ist ebenfalls eine sehr geringe. Die Schulgesetzvorlage wird schwerlich durch das Herrenhaus bis zu uns zu gelangen, und ist dabei derartig, daß die Lehrer selbst um Ablehnung derselben petitioniren. Es ist deshalb unsere Pflicht, so schnell wie möglich wenigstens die nothwendigste Hilfe zu gewähren und zu zeigen, daß das preußische Volk in seinen Vertretern die Stellung und Wirksamkeit seiner Lehrer zu würdigen weiß (Beifall links).

Reg.-Commissar Lehnert: Einige vom Vorredner angeführte Thatsachen bedürfen der Berichtigung oder Erläuterung. Man hat die Unzulänglichkeit der Lehrer-Gehälter betont, und die niedrigen Summen genannt, übersieht aber dabei, daß die in Land und Naturalien gewährten Emolumente sehr gering veranschlagt sind, das Gehalt also thatsächlich höher stellt. Die Klage, daß viele Lehrer bei der Vertheilung der 165,000 Thlr. keine Berücksichtigung gefunden, ist natürlich, es ist unmöglich, mit dieser Summe allen Anforderungen gerecht zu werden.

Der Antrag wird in der hierauf folgenden Abstimmung mit sehr großer Majorität angenommen.

Zu Tit. 29 (Kunstmuseen zu Berlin) ist vom Abg. Twesten folgender Antrag gestellt: In Wiederholung des Beschlusses vom 7. December 1866 die Regierung aufzufordern, die Bestimmung über Neu-Ankäufe für die Kunstmuseen innerhalb der dazu bestimmten Summen, sowie die Anordnung und Ueberwachung von Restaurationen der vorhandenen Kunstwerke und die Entscheidung über die Aufstellung der Kunstwerke einer nach Mehrheit der Stimmen beschließenden Commission von Sachverständigen zu übertragen.

Abg. Twesten: Ich bin zu meinem Antrage einerseits veranlaßt worden, durch ein großes beklagenswerthes Unglück, das unser Museum betroffen hat, andererseits durch die Stellung, die der Herr Cultusminister zu der in meinem Antrage berührten Frage einnimmt.

Derselbe stimmt in der Tendenz mit mir überein, will aber nicht so weit gehen, als mein Antrag beabsichtigt, indem er nur verlangt, daß der General-Director bei Ankäufen und Restaurationen sich mit dem betreffenden Abtheilungs-Director in Verbindung setze und falls ein Einverständniß zwischen beiden nicht erzielt wird, an den Cultusminister berichtet, der dann einen dritten Kunstverständigen zuziehen kann. Diese Vorschläge halte ich nicht für genügend. Man muß auf das alte Statut des Museums zurückgehen, nach welchem nur eine Commission, bestehend aus dem General-Director, dem Abtheilungs-Director und einer Anzahl von Künstlern und Kunstverständigen mit beschließender, nicht blos berathender Stimme über den Ankauf, Restauration und Aufstellung der Kunstgegenstände zu entscheiden das Recht hat.

Nach dem Vorschlage des Herrn Cultusministers würde dem Abtheilungsdirector, gegenüber dem Generaldirector, der unmöglich in sämmtlichen Fächern ein Sachverständiger sein kann, nur eine Art Veto zustehen, welches die Interessen des Kunstinstituts nicht zu schützen vermöchte. In dem genannten alten Statut ist gleichzeitig ausgesprochen, daß als Kern des Museums immer die Gemälde- und Sculpturen-Sammlung zu betrachten ist und Ankäufe anderer Gegenstände nur insoweit geschehen dürfen, als diese Hauptsache dabei nicht aus dem Auge gelassen wird. Statt dessen ist unter der jetzigen Verwaltung in letzterer Zeit eine Menge von Glassachen, Majoliken, Chinesen, Lappländern und eine mexicanische Sammlung von sehr zweifelhaftem Werthe erworben worden, die mit der erwähnten Bestimmung in grellem Widerspruch steht. Dabei sind die gezahlten Preise nach dem Urtheile Sachverständiger unverhältnißmäßig hoch. Für eine Augustusstatue, die zwar wohl gearbeitet ist und einen interessanten Portraitkopf des Kaiser Augustus trägt, dabei aber keineswegs Anspruch auf den Namen eines Kunstwerks ersten oder auch nur zweiten Ranges machen kann, und die von Kunstverständigen in Paris auf 8000 Frs. geschätzt wurde, hat Herr v. Olfers nicht weniger als 28,000 Francs bezahlt. (Hört, hört!) Ich könnte Ihnen eine Reihe unbedeutender Bilder nennen, die zu sehr hohen Preisen angekauft wurden; so wurde beispielsweise ein mittelmäßiger Kopf aus der Schule Rembrandt's (Nr. 869), der aus einer anderen Gallerie ausrangirt und mit 50 Thlr. verkauft war, von Herrn v. Olfers trotz vorheriger Warnung mit 900 Thlr. bezahlt. Bei allen diesen Anschaffungen ist der Director der Gemälde-Abtheilung nicht zugezogen worden, sondern dieselben fallen nur dem genannten Herrn Generaldirector zur Last. Nicht viel geringer als diese Begehungssünden sind die Unterlassungssünden, die durch Nichtbenutzung der Gelegenheit zum Ankauf vorzüglicher Kunstwerke begangen worden sind, und was die Verwaltung betrifft, so ist man — wie ich glaube — im Cultusministerium selbst nicht sehr zufrieden mit dem geschäftlichen System des Herrn v. Olfers, unbequeme Sachen durch Liegenlassen zu erledigen.

Aber nicht genug damit, daß man die jährlich für die Museen ausgesetzten Summen schlecht verwendet, oder richtiger gesagt vergeudet hat, selbst die vorhandenen Kunstschätze sind in der beklagenswerthesten Weise zerstört worden. Ich meine die Restauration des herrlichen Gemäldes von Andrea del Sarto. In Abwesenheit des Directors Waagen haben die Herren von Olfers und Hotho dieselbe ohne weitere Aufsicht einem Herrn Stübbe übertragen, der ohne künstlerische Ausbildung in dem Rufe stand, kleinere Restaurationen geschickt auszuführen. Herr v. Olfers und seine Freunde suchten sich nach geschehenem Unglück durch verschiedene Darstellungen der Thatsachen zu rechtfertigen. Man behauptete, das Bild sei bereits früher restaurirt und übermalt gewesen, und es sei deshalb kein großer Verlust, wenn an die Stelle der einen Uebermalung eine andere trete. Alle Kunstkenner stimmen darin überein, daß das Gemälde in einem vortrefflichen Zustande war. Beim Ankauf zeigten sich kleine Restaurationen, die aber das Wesen des Bildes nicht berührten und der berühmte damalige Restaurator, Schlesinger, sprach sich entschieden dagegen aus, dieselben zu entfernen. weil sie mit dem Bilde innig verwachsen waren. Das Kunstwerk wurde bis in die letzte Zeit allgemein bewundert und hatte einen um so höhern Werth, als in Deutschland kein zweites des genannten Meisters existirt, welches sich mit dieser Perle unseres Museums vergleichen ließ. Das Bild wurde damals für 65,000 Francs angekauft und repräsentirte jetzt nach dem Ausspruch von Sachverständigen einen Werth von 60 bis 80,000 Thlr. Es hatten sich einige Farbetheile von der Holzfläche gehoben und es war nur nöthig, diese wieder niederzulegen. Statt dessen hat man das Bild mit scharfen Mittel abgewaschen, so daß es jetzt aussieht — doch man muß es selbst sehen: diese Glotzaugen der heiligen Julia, das grelle, feuerfarbene Kleid der heiligen Katharina; man wird es unmöglich glauben, daß man ein Werk jenes Meisters vor sich hat, dessen Harmonie in den Farbentönen jeder Laie kennt.

Ein ähnliches Verfahren hat man bereits an einem Rembrandt (Nr. 123) angewendet, wodurch der auf dem Bilde dargestellte Pluto eine so komische Fratze erhalten hat, daß man ihn so wie den dunkelblauen Himmel, der dazu aufgesetzt ist, ohne Lachen nicht ansehen kann. Man sucht die Sache jetzt so darzustellen, als solle aus der Angelegenheit nur Capital gegen den Generaldirector geschlagen werden, Bereits ehe die Zeitungen sich des Stoffes bemächtigten, war man von Seiten der Akademie der Künste wegen eines solchen Skandals beim Cultusministerium vorstellig geworden und es liegt eine Petition der namhaftesten Künstler vor, die bitten, dafür Sorge zu tragen, daß die Kunst gegen derartige unersetzliche Verluste in Zukunft geschützt werde, Ich haben hier zwei Zuschriften des Herrn v. Heyden und Oskar Begas zur Hand, die übereinstimmend behaupten, daß das Bild vortrefflich erhalten und kein Grund vorhanden war, die Fläche desselben mit Farben zu berühren, Man hätte sich darauf beschränken müssen, die lose gewordenen Stellen zu fixiren, denn eine Uebermalung, selbst von Künstlerhand, sei hier einer Zerstörung gleich gewesen, Jetzt sei dem bloßen Anblick gegenüber jede Entschuldigung unmöglich. Restauratoren, wie Schlesinger war, existiren vielleicht zwei bis drei; statt einen solchen kommen zu lassen, überträgt man die Arbeit einem Manne, der nicht die geringste Garantie für das Gelingen leistet, Der Director Waagen, einer der bedeutendsten Kunstkenner wird von London, Paris, Wien, Petersburg zu Rathe gezogen; hier fragt man ihn nicht, wenn es sich um ein Kunstwerk ersten Ranges handelt. Das einzige Mittel, das uns gegen ein solches Verfahren in Zukunft sichert, bietet die von mir beantragte Commission. Ich hoffe, daß die Regierung sich meinem Antrage gegenüber nicht ablehnend verhalten und auf Seite der Schuldigen stellen wird. Es würde uns nur ein Mittel übrig bleiben, welches früher in einem ähnlichen Falle in München mit Erfolg angewendet wurde, nämlich die Mittel zu verweigern, wenn uns nicht ausreichende Garantie für die geeignete Verwendung derselben gegeben wird.

Wie ich höre, beschäftigt sich Herr v. Olfers auch mit dem Umbau des

Museums, er will eine Reihe kleinerer Räume zu großen Sälen vereinigen und das Seitenlicht durch Oberlicht ersetzen. Es ist dies auch ein Eingriff in den einheitlichen Plan Schinkels. Letzterer würde wohl auch Räume mit Oberlicht haben herstellen können, aber dann wahrscheinlich nicht die jetzige Façade gewählt haben. Es wird durch einen solchen Eingriff die ganze leitende Idee in dem Kunstwerke des Baues zerstört, ganz abgesehen davon, daß wir nicht im Besitz so großer Bilder sind, die eine Anschauung aus der Entfernung nothwendig machen, und daß gerade die kleinen Zimmer durch die größere Zahl von Bildwänden Raum gewähren, die Gemälde aus der Nähe betrachten zu können.

Ebenso wenig Rücksicht auf den Plan des Erbauers nimmt man auch bei Aufstellung der Kunstwerke. Kann es etwas Geschmackloseres geben, als in der Mitte der schönen Rotunde umgeben von den alten, weißen Marmorstatuen die ciselirte Statue Friedrich Wilhelms IV.? Jeder Fremde, der den herrlichen Raum betritt, wird ein Lächeln darüber ebenso wenig unterdrücken können, wie über die zu beiden Seiten aufgestellten großen, granitnen Badewannen. Diese Mängel lassen sich indessen beseitigen, während der beabsichtigte Umbau eine fundamentale Zerstörung sein würde. Der Plan dazu müßte uns auch erst vorgelegt werden, denn da eine solche Veränderung beträchtliche Mittel beanspruchen würde, so wird die Regierung uns hoffentlich rechtzeitig davon Mittheilung machen, und sich nicht begnügen, unsere nachträgliche Genehmigung nachzusuchen. Nach alledem hoffe ich, daß Sie meinem Antrage zustimmen und durch Ihren Beschluß das Kunst-Institut gegen seine jetzige Verwaltung schützen werden. (Lebhafter Beifall.)

Regierungs-Commissar Lehnert: Sie werden nicht erwarten, daß ich die Vertheidigung der Verwaltung auf einem Gebiete übernehme, auf dem ich mich nicht für competent erachte. Ich bedaure, daß nicht die Möglichkeit gegeben ist, den so hart Angeklagten unmittelbar vor dem Hause sich vernehmen zu lassen. (Sensation links.) Wenn der Abg. Twesten erwartet, die Staatsregierung werde sich nicht auf die Seite des Schuldigen stellen, so bemerke ich, daß ihr bis jetzt ein Schuldiger noch nicht bekannt ist, sondern daß es sich bisher nur um einen Ankläger handelt. Sie wird Beide hören, und wie die Entscheidung ausfallen wird, kann natürlich noch nicht gesagt werden. Der Bericht darüber ist eingefordert und eingegangen, und liegt gegenwärtig zur Entscheidung vor. In dieser Beziehung wird die Staatsregierung gewiß nicht der Vorwurf der Voreingenommenheit für die eine oder die andere Partei treffen. Der Vorfall, der vorzugsweise diesen Antrag verahlaßt hat, ist ja bereits in der Presse vielfach besprochen, ich kann weiter darüber nichts sagen, zumal auch der Herr Vorredner die Thatsachen ganz erschöpfend mitgetheilt hat. Ob die Restauration möglicher Weise zu verschieben, ob sie besser auszuführen, ob ganz zu unterlassen war, läßt sich vorläufig noch nicht feststellen. Ein Uebelstand aber ist es allerdings, daß eine Restauration ausgeführt werden kann, ohne vorher vollständig sachverständige Personen darüber gehört zu haben. Wenn aber der Abg. Twesten bemerkt, daß die Restauration in Abwesenheit des Professor Waagen ausgeführt sei, ohne daß ein Assistent desselben existire, und daß Herr Professor Hotho und der Generaldirector v. Olfers allein dieselbe vorgenommen, so erlaube ich mir doch darauf hinzuweisen, daß ersterer lange Jahre, bis 1859, Assistent des Professor Waagen gewesen ist, also nicht ohne Weiteres als Laie angesehen werden kann. Was die Ankäufe anbetrifft, so reichen auf diesem Gebiete hinsichtlich der Preise die Ansichten der Künstler weit von einander.

Ich könnte Ihnen eben so gut Künstler nennen, denen diese Augustus-Statue noch nicht theuer genug bezahlt ist; andererseits geschehen oft Ankäufe zu einem billigen Preise, und der Professor Waagen hat häufig die Erfahrung gemacht, daß behauptet worden ist, natürlich von seinen Feinden, er habe sich dieses oder jenes Bild für einen enormen Preis anschmieren lassen, mit diesem selben Ausdruck. Was den Antrag betrifft, so hat Se. Majestät der König selbst befohlen, eine solche Commission wieder herzustellen; in diesem Sinne war ein neues Statut entworfen und der allerhöchsten Genehmigung unterbreitet worden, wurde aber wieder zurückgeschickt und die Aufnahme mehr einschränkender Bestimmungen in dasselbe verlangt. — Was den projectirten Umbau des neuen Museums zur Herstellung fünf größerer Säle mit Oberlicht betrifft, so ist es richtig, daß von dem Baumeister ein ähnlicher Vorschlag gemacht ist, da das Seitenlicht durch den Anbau des neuen Museums bedeutend verschlechtert worden ist. Hr. Professor Waagen hat verbotenus fast mit denselben Worten, mit denen der Herr Abgeordnete soeben diese Sache schilderte, darüber berichtet; es ist zur Prüfung dieses Planes eine Commission, bestehend aus dem Baumeister Erbkamm und dem Ober-Baurath Strack niedergesetzt worden, außerdem sollen der Professor Eduard Magnus zugezogen werden, ferner die beiden Herren Professor Sybel und Schrader. Diese Namen werden genügen, um zu bekunden, daß es der Regierung ernst damit ist, ein sachkundiges Urtheil zu erlangen. Ich will mich daher nach Allem nicht gegen den Antrag erklären, wenn ich auch nicht beauftragt bin, ihn zu acceptiren; doch scheint mir derselbe mit Recht darauf das Hauptgewicht zu legen, worauf das Hauptgewicht gelegt werden muß, daß nämlich die Stimmen der Sachverständigen das Uebergewicht haben müssen. Und jedenfalls wird der eben gehörte Vortrag zur Kenntniß des Herrn Ministers und Sr. Majestät des Königs gelangen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Hennig: Dem Bedauern des Herrn Regierungs-Commissars, daß die Staatsregierung nicht den Angeklagten selbst vors Haus stellen kann, schließe ich mich an: wäre der betreffende Herr in die Lage versetzt worden sich hier zu stellen, so würde er nicht das Leiseste zu seiner Vertheidigung haben anführen können. (Ruf: Oho! rechts). Wenn ein Generaldirector so wenig davon versteht, wie schwierig es ist, ein Bild zu restauriren, daß er einen Mann damit beauftragt, der keine künstlerische Bildung genossen, sondern Kaufmann gewesen ist, dann versteht er eben nichts von der Sache. Es giebt zur Zeit nur wenige Männer, welche die Kunst der Restauration verstehen. Der eigentliche Restaurator der hiesigen Gallerie ist 81 Jahre alt, man hätte daher einen tüchtigen Mann berufen müssen, statt die Sache ohne Weiteres einem anzuvertrauen, der nichts davon versteht. Was ferner den projectirten Umbau betrifft, so wird Niemand im Stande sein es zu vertheidigen, daß die Bilder zu hoch hängen und der Schinkel'sche Entwurf vollständig zerstört werden soll. Bisher hat das alte Museum in einem wohlthätigen Gegensatze zum neuen gestanden. Ich will nicht wünschen, daß die schlechte Aufstellung in diesem dort wiederholt wird. Die Controle des Ministeriums, von der der Herr Regierungs-Commissar gesprochen, scheint mir nicht stattgefunden zu haben, da sonst so etwas nicht hätte geschehen können. Ferner ist der Catalog über die Abtheilung der Gypsabgüsse im neuen Museum nicht, wie es heißt, von Prof. Friederichs, sondern zu zwei Drittheilen vom Professor Böttcher angefertigt und hierdurch genügt er nicht den Bedürfnissen des Publikums. Man wird doch endlich darauf bedacht sein müssen, einen Catalog und Leitfaden über das Museum anzufertigen, denn die allgemeinen Ueberschriften, namentlich in der ethnographischen Abtheilung, haben nicht den geringsten Werth für den, der sich künstlerisch fördern will oder sich für die Gegenstände interessirt. Ich halte es für wirklich dringend nothwendig, den Antrag Twesten anzunehmen.

Reg.-Commissar Lehnert: Ich will nur auf ein Versehen des Herrn Vorredners aufmerksam machen. Der Katalog ist vom Prof. Böttcher und der Auszug aus diesem über die Gypsabgüsse ist eine Privatarbeit des Herrn Prof. Friederichs.

Abg. v. Hennig: Er meine den Katalog, der gegenwärtig existirt und der nicht ganz von Böttcher angefertigt sei.

Abg. Twesten: Der Herr Regierungs-Commissar meinte, daß meine Bemerkungen über den Umbau des Museums fast wörtlich mit den Erklärungen des Herrn Geheimraths Waagen übereinstimmen. Ich habe meine Erklärungen hauptsächlich einem Artikel der Spenerschen Zeitung entnommen und um jeden Anschein einer Beziehung, die in der Bemerkung des Herrn Regierungs-Commissars zu liegen schien, zu entfernen, bemerke ich, daß ich noch eine große Anzahl detaillirter Angaben über Ankäufe u. s. w. besitze, mich aber auf das Vorgebrachte beschränkte; die Informationen und Gutachten sind mir nicht durch Herrn Waagen zugestellt.

Der Antrag Twesten wird fast einstimmig angenommen, dagegen nur einzelne Conservative, u. A. Abg. Heise.

Zu Tit. 30 und 31 (Akademie der Wissenschaften 22,743 Thlr. und kgl. Bibliothek 33,555 Thlr.) beantragen die Commissarien des Hauses: „Die Regierung aufzufordern, die bereits in der vorigen Session empfohlene Erhöhung der Staatsbeiträge für die Akademie der Wissenschaften und die kgl. Bibliothek zu Berlin numehr im Etat pro 1869 zu bewirken."

Abg. Karsten motivirt diesen Antrag, der schon bei der vorjährigen Etatberathung vom Hause angenommen, leider aber in diesem Etat noch keine Beachtung gefunden habe. Er weist sodann nach, daß die bisher ausgesetzten Mittel in keiner Weise zureichend seien.

Der Antrag der Commission wird angenommen; dagegen stimmen die Conservativen.

Die Budgetberathung wird unterbrochen, da der Finanzminister von der Heydt sich das Wort erbeten hat, um zwei Gesetzentwürfe vorzulegen. Der erste betrifft eine Aenderung der Stempelgesetzgebung in den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden. Die Stadt Frankfurt a. M. ist davon ausgeschlossen, weil in Frankfurt und Hannover das Stempelwesen in näherer Verbindung mit dem Gerichtskostenwesen steht. Das Gesetz wird der Finanz-Commission überwiesen.

Der zweite Gesetzentwurf bezieht sich auf die Erhebung der jährlichen Aversionalsumme der vom Zollverein ausgeschlossenen preußischen Gebietstheile. Nach dem Etat des norddeutschen Bundes hätte Preußen 37,000 Thlr. Aversionalbeitrag zu zahlen; diese Summe reicht aber nicht aus, da man bei der Feststellung derselben Altona und Wandsbeck als in dem Zollverein eingeschlossen betrachtete; die Summe beläuft sich vielmehr auf 130,000 Thlr. Das Gesetz trifft nun Bestimmungen darüber, wie diese Beiträge aufgebracht werden sollen, wie viel die Staatsregierung aus den betheiligten Landestheilen erheben und wie sie diese Summe repartiren soll. Der Gesetzentwurf schlägt vor, dies königlicher Verordnung vorzubehalten, da die näheren Details zur definitiven Feststellung der Normen noch nicht feststehen. Es ist jedoch die Bestimmung getroffen, daß nicht mehr erhoben werden soll, als die Aversionalsumme beträgt und daß nicht weniger aus der Staatskasse zugeschossen werden soll, als die Gebietstheile selbst aufzubringen haben. Künftig soll die Summe jährlich auf den Staatshaushalt gebracht und so der Beschlußfassung des Hauses unterbreitet werden; nur für das laufende Jahr soll sie durch königliche Verordnung festgestellt werden.

Auch dies Gesetz geht an die Finanz-Commission.

Nach dieser Unterbrechung kehrt die Discussion zu Tit. 31 (königliche Bibliothek) zurück.

Abg. Duncker bedauert. daß der Specialetat für dies Institut unzulänglich sei. Das Gehalt des Ober-Bibliothekars stehe nicht im richtigen Verhältniß zu dem der Kustoden. Die Ablieferung der Pflichtexemplare sei eine sehr ungleiche Besteuerung des Buchhandels, oft eine sehr schwere Belästigung desselben, wenn es sich um theure Prachtwerke handle. Dagegen häuften sich von manchen Büchern in ganz unnützer Weise Massen von Exemplaren auf, z. B. 100 vom kleinen Ahn in allen seinen Auflagen.

Abg. Schmidt: Pflichtexemplare werden überall an die großen Bibliotheken abgeliefert, in England 5, ebenso in Frankreich und in einigen deutschen Staaten. Die Ablieferung ist also wohl nothwendig, wenn sie auch bei der Ausdehnung, die sie bei uns erreicht hat, wo sie alles umfaßt, was gedruckt ist, Uebelstände mit sich führt; denn es ist unmöglich, alle Brochüren und Zeitungen, die sich uneingebunden aufhäufen, zu katalogisiren. Das Lesezimmer der königlichen Bibliothek ist dunkel, für die Benutzung von Handschriften ist ein so kleiner Raum gewährt, daß kaum drei Personen darin Platz finden. Vielleicht wäre es gerathen, die Bibliothek zu decentralisiren, denn die jetzige Localität reicht allerdings nicht aus.

Reg.-Commissar Lehnert bemerkt, daß die Ablieferungen aus den neuen Provinzen noch nicht stattfänden, mit Ausnahme derjenigen aus den Herzogthümern, die sonst nach Kopenhagen gingen.

Abg. Virchow empfiehlt den von den Commissarien gestellten Antrag, zumal für die Universitätsbibliothek sehr unzureichend gesorgt sei. Sie biete fast gar keine Räumlichkeiten dar, um innerhalb derselben zu arbeiten. Als Uebelstand an der königlichen Bibliothek hebt er hervor, daß die Zeit zur Benutzung derselben so sehr beschränkt und die Räumlichkeiten außerordentlich unzureichend wären. In beiderlei Beziehung müsse nothwendiger Weise bald Abhilfe getroffen werden. Das Personal der Bibliothek sei außerdem zu gering. Für das ganze Gebiet der Naturwissenschaften mit Einschluß der Medizin sei ein einziger Kustos vorhanden. Es sei unmöglich, daß eine einzige Persönlichkeit dieses ganze große Gebiet übersehen könne. Daher komme es auch, daß gerade dieser Theil der Bibliothek sehr mangelhaft sei, besonders in der neueren Literatur über diese Disciplinen. Er schließt mit der dringenden Bitte, für die Bibliothek größere Verwendungen zu machen; denn „unsere Bibliothek hat ihren Tag von Königgrätz" noch nicht gehabt.

Die Position wird genehmigt.

Zu Tit. 32 (Sonstige Kunst- und wissenschaftliche Zwecke 111,638 Thlr.) liegen folgende Anträge vor:

I. Von den Commissarien des Hauses: „Die Regierung aufzufordern, die Staatsbeiträge für das Germanische Museum in Nürnberg und für die Leopoldinisch-Karolinische Akademie der Naturforscher für den Etat pro 1869 in angemessener Weise zu erhöhen."

II. Vom Abg. v. Sybel: „Die Regierung aufzufordern, im Etat pro 1869 den für Zwecke der bildenden Kunst bestimmten Fonds von 25,000 Thalern in angemessener der Vergrößerung des Staates und der Bedeutung der Sache entsprechenden Weise zu erhöhen."

III. Vom Abg. Forchhammer: a) „die Regierung aufzufordern, nach Analogie des Archäologischen Instituts in Rom und der Ecole française in Athen, an letzterem Ort einige Stellen für junge examinirte Candidaten der Alterthumskunde, auf zwei Jahre für einen jeden, zu gründen und für das nächste Jahr auf den Etat zu bringen."

b) Die Regierung aufzufordern, zur Förderung der seit Anfang dieses Jahrhunderts sehr verwahrlost gewesenen Kunst in den Herzogthümern Schleswig-Holstein der in Kiel durch freiwillige Beiträge gegründeten und mit der Universität in unauflöslichem Connex gesetzten Gemälde-Gallerie einen entsprechenden jährlichen Zuschuß zu bewilligen und auf den Etat des nächsten Jahres zu bringen."

Reg.-Commissar Lehnert erklärt, daß die Staatsregierung auf Grund eines besonderen Gutachtens der Akademie der Künste eine Subvention für das germanische Museum in Nürnberg nicht gewährt habe, da die wissenschaftliche Bedeutung des Instituts nicht so bedeutend sei; dasselbe sei in Betreff der Leopoldinisch-Karolinischen Akademie der Fall, die auf die Wissenschaft in Deutschland einen zu geringen Einfluß ausübe, als daß man den Zuschuß aus den Staatsmitteln, der jetzt 1200 Thaler beträgt, noch erhöhen könne. Er empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Abg. Forchhammer empfiehlt seine beiden Anträge.

Reg.-Commissar Lehnert: Die Regierung verkennt nicht den hohen Werth archäologischer Studien für junge Gelehrte, und hat in einzelnen Fällen auch nicht unerhebliche Unterstützungen gewährt; eine feste Etats-Position hierfür aufzunehmen, ist aber zur Zeit bedenklich. da das archäologische Institut in Rom selbst noch keine feste Dotation hat; hierfür also zunächst noch ein Zuschuß gewährt werden muß, um dasselbe zu erhalten. — Man möge alle derartigen Anträge auf das Nothwendigste beschränken, da es fraglich sei, ob das Budget des nächsten Jahres die Verwendung größerer Mittel möglich mache.

Abg. Karsten zieht Namens der Commissarien in dem ersten der von diesen gestellten Anträge, die Worte: „für das germanische Museum in Nürnberg" zurück, erhält aber den zweiten aufrecht und motivirt denselben.

Abg. v. Sybel zieht seinen Antrag zurück. Abg. Forchhammer desgleichen seinen ersten Antrag; ein Mitglied der freiconservativen Fraction hält den Antrag Sybel aufrecht.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der modificirte Antrag der Commission abgelehnt; eben so der Antrag b des Abg. Forchhammer und der Antrag Sybel.

Es folgt der Abschnitt: Cultus und Unterricht gemeinsam.

Zu Tit. 23 (Geistliche und Schulräthe bei den Regierungen 88,064 Thlr.) beantragt Abg. Schmidt: „die Regierung aufzufordern, die noch bestehenden geheimen Conduitenlisten über Elementarlehrer aufzuheben."

Abg. Schmidt motivirt den Antrag. Im Regierungsbezirk Stettin bestehen diese geheimen Conduitenlisten noch bis zum heutigen Tage. Redner giebt eine Probe von jenen Conduitenlisten, in denen unter andern folgende Fragen enthalten sind: „Wie ist das Verhalten des Lehrers gegen den Pfarrer?" „Worin sucht er seine Erholung?" (hört! hört!) „Wie ist sein eheliches Verhältniß?" (hört! hört!) „Pflegt er in seinem Hause Gottesfurcht?" (Ruf links: Hört, hört! rechts: Sehr gut!) Wie ist sein politisches Verhalten? (Links: Hört, hört! rechts: Sehr gut!) Gehört er politischen Vereinen an? (Links: Hört, hört! rechts: Sehr gut!) Meine Herren! Sie rufen: „Sehr gut (nach rechts gewandt); Sie würden wohl aber nicht „Sehr gut" rufen, wenn über Sie in Ihrer amtlichen Eigenschaft ähnliche Conduitenlisten geführt werden sollten. (Beifall links.) Die Conduitenlisten sind seit 1848 gesetzlich aufgehoben; sie bestehen nur noch in Pommern und sollen seit dem 1. Januar d. J., wie ich vom Abg. Richter (Sangerhausen) gehört habe, auch in der Mark wieder eingeführt sein. Wäre die Regierung dem von mir im vorigen Jahre ausgesprochenen Wunsche, wie man erwarten konnte, nachgekommen, so wäre heute der Antrag nicht nöthig; so aber rechtfertigt sich seine Annahme von selbst. (Beifall links.)

Regierungs-Commissar Lehnert: Die Conduitenlisten sind seit 1848 in der Verwaltung des Cultusministeriums aufgehoben worden, und weder mir noch dem Herrn Cultusminister ist etwas von dem, was der Herr Abgeordnete so eben vorgebracht, bekannt. Nun hat der Herr Abgeordnete, wie ich aus dem stenographischen Berichte ersehe, allerdings schon im vorigen Jahre dieselbe Angelegenheit zur Sprache gebracht; daß dieselbe von Seiten des Ministeriums nicht weiter verfolgt worden ist, muß darin seinen Grund haben, daß das Büreau, dem die Anfertigung eines Extractes aus den stenographischen Berichten aufgetragen, gerade diesen Punkt übersehen hat, und zwar, wie ich annehmen muß, weil damals kein bestimmter Antrag gestellt wurde. Meinerseits finde ich gegen die Annahme dieses Antrages nichts zu erinnern und glaube zusichern zu dürfen, daß demselben im Cultusministerium unverweilt practische Folge gegeben wird.

Abg. Richter: Mir ist eine Aufforderung der Regierung, gerichtet an die Schulen-Inspectoren, Bericht zu erstatten über die Conduiten der ihnen untergebenen Lehrer, bekannt geworden, die sich genau in den Formen der alten geheimen Conduitenlisten bewegt. (Hört!)

Der Antrag des Abg. Schmidt wird darauf genehmigt. (Dagegen stimmen die Conservativen, Graf Schwerin und die meisten Altliberalen, wie v. Vincke-Minden.)

Zu Tit. 36 (Verbesserung der Lage der Geistlichen und Lehrer) beantragen Bieck und Polomski: „die Regierung zu ersuchen, die bestehenden Schullehrer-Wittwenkassen schleunigst so einrichten zu wollen, daß sie erheblich höhere jährliche Pensionen gewähren können und dieselben hierbei durch einen Zuschuß aus der Staatskasse zu unterstützen".

Reg.-Commissar Lehnert erklärt den Antrag so, wie er gestellt ist, für unausführbar. Der Cultusminister werde jedoch in nächster Zeit eine Denkschrift vorlegen über den Zustand sämmtlicher Schullehrer-Wittwenkassen. Man bemühe sich, sie jetzt auf wirklich volkswirthschaftlichen Grundsätzen zu basiren, und die verschiedenen Kassen möglichst einheitlich zu organisiren. Vor einer genauen Revision aller Kassen könne man keinen Zuschuß gewähren. Auch ein principielles Bedenken stehe dem Antrage entgegen, da man die Sorge für die Hinterbliebenen dem Staatssäckel in der Regel nicht aufbürden dürfe. Der Antrag erscheine der Staats-Regierung nicht annehmbar.

Der Antrag Bieck wird angenommen; dagegen ein großer Theil der Nationalliberalen.

Um 4¼ Uhr wird der Ruf nach Vertagung laut; Abg. Graf Schwerin bittet fortzufahren, wenn keine Abendsitzung gehalten wird.

Präsident v. Forckenbeck: Da die vorliegenden Anträge noch längere Zeit in Anspruch nehmen werden, und ich dem Hause heute eine Abend-Sitzung nicht vorschlagen mag (Zustimmung), so empfehle ich, die Sitzung für heute zu schließen. (Zustimmung.)

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzuug: Montag, 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Berlin, 25. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten Personen Orden ꝛc. verliehen, und zwar: den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife: dem Gymnasial-Director Dr. Schirlitz zu Nordhausen; den rothen Adlerorden dritter Klasse: dem Director der Gelehrtenschule in Ratzeburg, Professor Zander, dem ersten Beamten des Amts Hannover, Ober-Finanz-Rath Kritter zu Hannover und dem ersten Beamten des Amts Aurich, Amtmann Hillingh zu Aurich; den rothen Adlerorden vierter Klasse: dem Kanzlei-Rath und General-Commissions-Secretär Carsson zu Merseburg; den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse: dem Geheimen Regierungs-Rath Will zu Homburg v. d. Höhe; den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse: dem Registratur- und Bureau-Vorsteher bei der General-Lotterie-Direction, Kanzlei-Rath Kulkutschke und dem Provinzial-Steuer-Directions-Secretär Koehler zu Kassel; das allgemeine Ehrenzeichen: dem Steuer-Aufseher Bollmann zu Roitzsch im Kreise Bitterfeld, dem evangelischen Schullehrer und Küster Carl August Heinrich zu Grubo im Kreise Zauch-Belzig, dem Ortsrichter Johann Christoph Jaeckel zu Ullersdorf im Kreise Rothenburg, dem Erb- und Gerichtsscholzen Müller zu Quilitz im Kreise Glogau, dem Briefträger Carl Gottlob Wilhelm Schrandt zu Berlin und dem ersten Gerichtsdiener Carl Gottlieb Schwarz bei dem Kreisgericht zu Allenstein; sowie die Rettungs-Medaille am Bande: dem Fahrhäuer Friedrich Roes zu Aplerbeck im Kreise Dortmund, dem Häuer Friedrich Hölscher zu Brackel, desselben Kreises, dem Zimmerhäuer Friedrich Hölscher ebendaselbst, dem Häuer Dietrich Caspari ebendaselbst und dem Eisenbahnwärter Johann Friedrich Donath zu Neuendorf im Kreise Teltow.

Berlin, 25. Jan. [Ihre Majestät die Königin] wohnte gestern dem Concert in der Sing-Akademie für die Nothleidenden in Ostpreußen bei. — Beide königliche Majestäten dinirten bei Ihren königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin.

[Se. königl. Hoheit der Kronprinz] empfing gestern militärische Meldungen, stattete Sr. königl. Hoheit dem Prinzen August von Würtemberg einen Gratulationsbesuch zu Höchstdessen Geburtstag ab und erschien Abends in der militärischen Gesellschaft. (St.-Anz.)

[Der König] war beim Ordensfeste in besonders heiterer Stimmung. Als Beweis dafür erzählt man sich, daß er dem berühmten Meteorologen Geh. Rath Prof. Dove, welcher den rothen Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub erhalten hatte, die Hand reichte und demselben lächelnd für das schöne Wetter dieses Tages dankte.

[Subscriptionsball.] Am Sonnabend fand in den Räumen des k. Opernhauses der erste Subscriptionsball statt. Ihre Majestäten der König und die Königin, Se. k. H. der Kronprinz, sowie sämmtliche k. Prinzen und Prinzessinnen, soweit diese in Berlin sind (mit Ausnahme der Frau Kronprinzessin) waren anwesend, und die Gesellschaft bewegte sich, trotz der zahlreichen Masse, durchaus frei und ungezwungen. Der Minister-Präsident, der Finanz-, der Justiz- und der Landwirthschafts-Minister, viele Mitglieder beider Häuser des Landtages, des diplomatischen Corps ꝛc. waren zugegen. — Wie man hörte, hat J. M. die Königin ein kostbares Armband verloren, welches während des Balles nicht wieder gefunden wurde.

[Se. Maj. König] wird, so weit es bis jetzt bestimmt ist, in diesem Jahre eine Heeresschau über verschiedene norddeutsche Bundes-Corps halten und im Sommer wieder Ems, sowie Wiesbaden zu einer Brunnencur besuchen.

[Der Kriegsminister.] Französischen Blättern zufolge ist der Kriegsminister v. Roon in Nizza angekommen, um dort vorerst zu bleiben.

[General Schurz] ist aus New-York hier eingetroffen und im Hotel du Nord abgestiegen.

[Die Commission des Herrenhauses] für die Vorberathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Anleihe von 40 Millionen zu Eisenbahnzwecken, hat beschlossen, dem Gesetzentwurf, wie er aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist, zuzustimmen. Zu einer längeren Debatte gab der Vinckesche Antrag, bezüglich des Baues einer Zweigbahn nach Almenrode Veranlassuug. Der Vertreter der Regierung erklärte, daß die Regierung zwar dem Antrage nicht zustimmen könne, daß sie sich ihm jedoch, um dem Zustandekommen des Gesetzes nicht hinderlich zu sein, fügen wolle, und darum gegen die Annahme des von dem Abgeordnetenhause amendirten Gesetzentwurfes nichts einwenden werde.

[Der Provinzialfonds für Hannover.] In der am Freitag Abend stattgehabten Sitzung der Fraction der National-Liberalen ist mit allen gegen 7 Stimmen, von denen auch noch mehrere ihr definitives Votum sich für das Plenum vorbehielten, beschlossen worden, dem von der Commission des Abgeordnetenhauses zur Annahme empfohlenen Gesetz-Entwurf, betreffend den Provinzialfonds für Hannover zuzustimmen.

[Die Berathungen über das Schulgesetz] im Herrenhause stellen immer mehr heraus, daß die Verwerfung der Vorlage erfolgen muß. Es heißt, die Regierung will das Gesetz zurückziehen.

** [Leonor Reichenheim †.] Am 26. d., Morgens starb hier der Commerzienrath und Stadtrath Leonor Reichenheim, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, im 54. Jahre seines Lebensalters. Ein wackerer Vertreter des Volkes hat er nach allen Richtungen hin Segensreiches gewirkt.

[Ueber die Fahrt des kgl. preuß. Kadettenschiffes, Segel-Fregatte „Niobe",] welches in den westindischen Gewässern kreuzt, sind durch Privatschreiben folgende, wohl auch einen größeren Leserkreis interessirende Nachrichten, die bis zum 7ten dieses Monats reichen, eingetroffen. Am 30. December verließ die „Niobe" den Hafen von St. Pierre auf Martinique und ging am 31sten Nachmittags an Dominica im Hafen von Portsmouth vor Anker. Am Abend dieses Tages entstand auf dem Schiffe durch Entzündung und Explosion eines Fasses mit Rum Feuersgefahr, die jedoch rasch beseitigt wurde; ein Matrose jedoch und ein Bouteillier waren theils durch herumgeschleuderte Stücke des zerspengten Fasses, theils durch den brennenden Rum erheblich beschädigt. Besonders die Rücksicht auf diese beiden Verwundeten, für deren Behandlung Eis dringend nöthig, aber in Portsmouth und überhaupt auf Dominica nicht zu beschaffen war, gab dem Capitän Anlaß am folgenden Morgen (1. Januar) sofort die Fahrt gen Guadaloupe zu richten, da jedoch der von Basse Terre (Guadaloupe) an Bord der „Niobe" geflaggte Lootse

die Landung daselbst mit den Kranken (wegen mangelnden Gesundheitspasses der Mannschaft) für unthunlich erklärte, so wurde der Cours weiter auf **Antigua** zu fortgesetzt, woselbst man am Nachmittag des 2. Januar im Hafen von English Harbour vor Anker ging. Am Mittag des 5. Januar ließ der Capitän hier die Anker lichten und die Fahrt wieder zurück auf **Martinique** lenken, um daselbst die beiden schwer leidenden Verwundeten an das Land zu setzen und einer besseren Behandlung zu überweisen, als am Bord des Schiffes möglich war. Am 7. Januar kam die „Niobe" wieder im Hafen von St. Pierre (Martinique) an. Tags darauf sollte die Fahrt direct auf Trinidad fortgesetzt und nach 3—4 Tagen wieder gen Dominica (zu einem wahrscheinlich mehrwöchentlichen Aufenthalt) zurück gerichtet werden.

Ueckermünde, 23. Jan. [Reichstagswahl.] Zur Neuwahl eines Nachfolgers des bisherigen Reichstags-Abgeordneten, des gegenwärtigen vortragenden Raths im Bundeskanzler-Amte, Dr. **Michaelis**, welcher auf eine Wiederwahl entschieden verzichtet hat, stellt die liberale Partei den Freiherrn v. **Patow** auf.

Neu-Strelitz, 25. Januar. [Die Actienzeichnung für die Berlin-Neubrandenburger Eisenbahn], mit welcher in voriger Woche der Anfang gemacht wurde, hat bisher schon sehr erfreuliche Resultate geliefert.

Schwerin, 25. Jan. [Keine Militärconvention.] Die Nachricht des „Rostocker Tageblattes", es sei eine Militär-Convention zwischen Mecklenburg und Preußen abgeschlossen, durch welche die Kosten für das Militär verringert worden, und den hiesigen Offizieren das Avancement durch die ganze norddeutsche Armee erschlossen sei, ist nach den „Meckl. Anzeigen" unbegründet. Eine Militär-Convention ist sicherem Vernehmen nach nicht abgeschlossen, auch tritt für Mecklenburg keinerlei Verminderung der bundesverfassungsmäßig festgestellten Zahlungen für das Bundesheer ein. Dagegen soll künftig eine Erleichterung des Uebertritts höherer Offiziere aus Mecklenburg nach Preußen und umgekehrt, unter Einwilligung der Betheiligten, stattfinden, und ist ein solcher Wechsel zweier Stabsoffiziere schon in nächster Zeit zu erwarten.

Quedlinburg, 23. Januar. [Was man alles von einem Ministerpräsidenten verlangt,] davon giebt die heutige Nummer unseres „Wochenblattes" Zeugniß. Nach dem Vorgange eines pommerschen Vereins, welcher bekanntlich den Grafen v. Bismarck hinsichtlich seines religiösen Standpunktes befragt haben sollte (was aber bekanntlich dementirt worden ist), hat ein Herr **Wislicenу** hierselbst — nicht zu verwechseln mit Wislicenus — beim Ministerpräsidenten angefragt, ob er denn auch an die Gottheit Jesu glaube. Bald darauf wäre die Antwort des Herrn Grafen angekommen und Herr Wislicenу ist vollständig befriedigt worden, da der Graf Bismarck ihm geantwortet hat, daß er den Glauben theile, welchen der Fragesteller in seinem Briefe ausgesprochen habe. (Magd. Z.)

Dresden, 25. Januar. [Zur Steuergesetzgebung.] In der gestrigen Abendsitzung der zweiten Kammer wurde beschlossen, die von der Regierung vorgelegte Novelle zur Steuergesetzgebung in Berathung zu nehmen und zwar mit dem Vorbehalt, daß die von der Regierung beantragten Bestimmungen nur als Provisorium zu betrachten seien. Die Regierung wird ferner ersucht, dem nächsten Landtage eine Vorlage, betreffend die vollständige Reorganisation des directen Besteuerungssystems zu machen und sofort nach dem Schluß der jetzigen Landtagssession eine gemischte Commission zu berufen, welche gutachtliche Vorschläge über den betreffenden Gegenstand zu machen hat.

Heute beendigte die Abgeordnetenkammer die Berathung des neuen Steuergesetzes und nahm dasselbe bei der Schlußabstimmnng mit den beschlossenen Abänderungen, denen auch die Regierung fast durchgängig zustimmte, einstimmig an.

München, 25. Januar. [Zollparlament.] Der Handelsminister v. Schlör hat die Candidatur zum Zollparlament für den ersten Münchener Wahl-Bezirk angenommen.

München, 25. Januar. [Graf Taufffkirchen] hat heute auf telegraphischem Wege von Petersburg aus die Anzeige gemacht, daß er das ihm angetragene Mandat zum Zollparlamente ablehnen müsse, da inzwischen eingetretene dienstliche Hindernisse ihm die Annahme desselben unmöglich machten.

Stuttgart, 25. Januar. [In der heutigen Abendsitzung] wurde die Berathung des Wehrgesetzes vollendet, doch ist ein endgiltiges Resultat noch nicht erzielt, da dem Antrage Kamp's gemäß die Präsenzfrage der Commission zur nochmaligen Berichterstattung überwiesen worden ist. — Montag wird der Gesetzentwurf, betreffend die Wahlen zum Zollparlament, auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Oesterreich.

Wien, 26. Januar. [Die Stellung der Juden.] Die „Wiener Zeitung" enthält einen Erlaß des Ministers des Innern, welcher die Behörden in Galizien und Bukowina darauf aufmerksam macht, daß durch die Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes vom 21. December die bisherige Beschränkung der Israeliten, bezüglich der Erwerbung von Liegenschaften aufgehoben wird. — Wie der „Debatte" aus **Rom** vom 25. d. mitgetheilt wird, bereitet der Papst eine Allocution in Betreff des österreichischen Concordats vor.

Telegraphische Depeschen

aus dem **Wolff**'schen Telegraphen-Bureau.

Florenz, 24. Januar. Deputirtenkammer. (Fortsetzung.) Depretis erstattete Namens der Budget-Commission Bericht über das Finanzexposé und verschiedene Anträge. Das Deficit für 1868, erklärte der Redner, betrage 236 Millionen; diese Summe zu decken seien die von dem Ministerium vorgeschlagenen Maßregeln nicht ausreichend. Der Finanzminister nahm hierauf das Wort und constatirte, daß die financielle Ordnung wesentlich durch die Annahme der Regierungsvorlagen bedingt sei. Es sei dringend nothwendig, daß die Kammer so bald wie möglich an die Berathung derselben gehe. Es seien neuerdings wieder Unterhandlungen in der Schwebe und zwar mit Aussicht auf ein günstiges Resultat, Behufs einer ferneren Finanzoperation mit den Kirchengütern zur Höhe von 400 Millionen, eine Operation, die der Minister für sehr vortheilhaft für den Staatsschatz hält. Die Regierung beabsichtige nicht, der Emission von Papiergeld eine weitere Ausdehnung zu geben. Ferraris kritisirt darauf das Finanz-Exposé. Er hält das Deficit für weit größer, als das Exposé angiebt und stellt den (schon gemeldeten) Antrag, erst über das Ausgabe-Budget, und dann über das Einnahme-Budget zu beschließen. Nisco bittet die Kammer, die Budget-Berathung und die Finanzvorlagen schleunig zu erledigen. Nach Verwerfung des Antrages Ferraris wird Artikel 5 des Einnahme-Budgets mit der vom Ministerium gutgeheißenen Modification, daß die Emission der Schatzbons von 250 auf 300 Millionen erweitert werden solle, und alsdann in Schlußabstimmung das ganze Einnahmebudget mit 201 gegen 87 Stimmen angenommen.

Florenz, 25. Januar. Deputirtenkammer. Discussion des Ausgabebudgets. Die Kammer verwarf einen Antrag wegen Abschaffung des Staatsraths. Nachdem mehrere Deputirte die Repräsentationskosten für die Präfecten als zu hoch getadelt hatten, genehmigte die Kammer die 17 ersten Capitel des Ausgabebudgets.

Florenz, 25. Januar. Die Opposition wird in der Deputirtenkammer den Antrag stellen, das Budget nur provisorisch auf zwei Monate zu bewilligen, um dadurch das Ministerium zur Auflösung der Kammer und Vornahme neuer Wahlen zu zwingen.

Italienische Rente 49, 30. Napoleonsd'or 23, 05.

Paris, 25. Jan. General Geneau ist einer Mittheilung „Etendards" zufolge gestorben.

„Patrie" spricht von den Umtrieben, die in Neapel zu Gunsten der Bourbonen ins Werk gesetzt werden und von Rom aus Aufmunterung erhalten. Die italienische Regierung, fügt das Blatt hinzu, hege keinen Zweifel über die Ansichten Frankreichs; sie wisse, daß die kaiserliche Regierung nicht zaudern würde, in Rom wegen der moralischen Mitwirkung Franz II. Vorstellungen zu erheben. „Patrie" glaubt zu wissen, die französische Regierung habe bereits die römische Curie in offiziöser Weise auf die Empfindlichkeiten der italienischen Regierung aufmerksam machen lassen und glaubt, die Curie werde bestrebt sein, die gegenwärtige Lage nicht dadurch zu compromittiren, daß sie sich dem gleichen Verdachte aussetze.

Paris, 26. Jan. „Patrie" erfährt, daß der Bericht des Finanzministers Magne über die finanzielle Lage des Kaiserreichs vollendet ist und Montag oder Dinstag im „Moniteur" erscheinen wird. Der Bericht soll schließlich eine Anleihe nothwendig erklären, ohne jedoch Ziffer und Emissionstermin anzugeben. Das Blatt glaubt, die Anleihe werde 400 Millionen betragen.

„France" veröffentlicht einen Brief des Senators Vic. Laguéronnière, in welchem derselbe über die Verurtheilung der Zeitungen sein Bedauern ausspricht. — Der Brief schließt folgendermaßen: Der Grundsatz, welcher aus dieser Verurtheilung hervorgeht, ist der einer übertriebenen, undurchführbaren Beschränkung. Besser wäre eine vollständige Untersagung aller Berichte über Kammersitzungen. Für die verurtheilten Journale ist der Proceß ein Unglück von geringer Bedeutung; für die Regierung ist er ein Fehler, welchen alle Verständigen beklagen. Um ihn wieder gut zu machen, müßte die Regierung zu dem Preßgesetz einen Zusatzartikel beantragen, durch welchen die Frage endgiltig entschieden wird.

Haag, 25. Jan. Die Resultate der Neuwahlen sind jetzt aus sämmtlichen Districten, einen einzigen ausgenommen, bekannt. Von den neu gewählten Mitgliedern der zweiten Kammer gehören 31 der conservativen, 31 der liberalen Partei an, bei zehn Wahlen ist kein definitives Resultat erzielt worden, und wird deshalb das Loos zu entscheiden haben.

London, 25. Jan. Die ungarische Anleihe findet hier wenig Beachtung. Einer Mittheilung des „Expreß" zufolge hat das Hamburger Schiff „Leibnitz", welches am 11. d. M. in Newyork angekommen, auf der Fahrt von Hamburg nach Newyork von den 465 Passagieren, unter denen sich viele Mecklenburger befanden, 70 Erwachsene und 35 Kinder an der Cholera verloren. Zwei weitere Todesfälle kamen nach Ankunft des Schiffes vor. Die übrigen Passagiere befinden sich wohl. Das Schiff wird als sehr unsauber geschildert und befand sich kein Arzt an Bord.

London, 25. Jan., Nachm. Schönes Wetter. — Der Hamburger Dampfer „Hammonia" ist aus New-York in Southampton angekommen. — Aus Cardiff, Holyhead und Milford-Haven wird Sturm gemeldet.

Einer Mittheilung des „Standard" zufolge hat gestern in Edinburg ein furchtbarer Sturm gewüthet. Vier Menschen fanden dabei ihren Tod.

Von Southampton wird nächsten Dinstag kein Bremer Dampfer nach New-York abgehen.

Leinöl fest, ab Hull loco 34.

London, 25. Januar. Die „Pall Mall Gazette" erfährt, daß Frankreich und wahrscheinlich auch Oesterreich in Bukarest statt der bisherigen Generalconsuln besondere Geschäftsträger anstellen werden. — Die heute Morgen fällige Post vom Continent wurde heute Nachmittag nach 4 Uhr ausgegeben.

In hiesigen deutschen Kreisen sind Sammlungen zum Besten der Nothleidenden in Ostpreußen angeregt worden. — Aus Devonport wird gemeldet, daß eine von Officieren und Mannschaften der preußischen Panzerfregatte „Friedrich Karl" angestellte Sammlung einen Ertrag von 188 Thlr. 28 Sgr. ergeben hat, welche sofort dem Vorstande des vaterländischen Frauenvereins für die Nothleidenden in Ostpreußen übermittelt worden ist.

London, 25. Jan. Seitens der „London and County Bank" ist der Prospectus für die ungarische Eisenbahnanleihe ausgegeben worden. Die Zeitungen äußern sich dem Unternehmen günstig.

Nach einer Meldung aus Zoulla vom 14. d. steht König Theodor zwischen Wadela und Dalanta den Rebellen gegenüber. Ein Zusammenstoß wurde als bevorstehend betrachtet. Der Rebellenhäuptling Gobazyse sandte an die Engländer eine Botschaft zur Begrüßung.

London, 26. Jan. Der westindische Dampfer „Douro" ist in der vergangenen Nacht in Plymouth eingetroffen.

Madrid, 26. Januar. Man versichert, daß die Regierung den Cortes demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen werde, durch welchen die Bank ermächtigt wird, einen Theil ihres Capitals in Staatspapiere zu convertiren.

Haag, 25. Januar. Außer zehn neuen Mitgliedern, deren politische Parteifarbe nur soweit sicher ist, daß man mindestens die Hälfte derselben den Liberalen zurechnen kann, sind sämmtliche frühere Mitglieder wieder in die Generalstaaten gewählt worden. Die Zusammensetzung derselben ist mithin fast dieselbe geblieben.

Bukarest, 25. Jan. In der heutigen Sitzung des Senats wurde der Metropolit und Primas von Rumänien, Niphon, mit 19 gegen 17 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt.

Die Abgeordnetenkammer annullirte in heutiger Sitzung die Wahlen des Generals Floresco und Boliacs.

Athen, 18. Jan. In den höheren Beamtenstellen stehen angeblich mehrere Veränderungen bevor. Kummunduros und Bulgaris werden die Opposition in der Kammer gegen das neue Cabinet führen.

Konstantinopel, 18. Januar. Fuad-Pascha hat sein Entlassungsgesuch zurückgenommen. Johann Delyani kommt an Stelle seines Bruders, des gegenwärtigen Ministers des Auswärtigen in Athen, als hellenischer Gesandter nach Konstantinopel. Das Gerücht geht, es solle unter dem Befehl Omer Pascha's eine Observationsarmee an den Grenzen Griechenlands, Montenegros, Serbiens und der Herzegowina gebildet werden.

Madrid, 24. Jan. Nach Briefen aus den baskischen Provinzen herrscht in Aragonien und Catalonien einstimmig die Ansicht, daß eine carlistische Insurrection zu Gunsten des ältesten Sohnes Don Juan's bevorstehe. Behauptet wird, Don Carlo's Wittwe habe 40 Millionen Realen behufs Unterstützung der Bewegung zur Verfügung gestellt. (T. B. f. N.)

London, 26. Jan. Der heutige „Observer" enthält einen Artikel, welcher sich in folgender Weise über die Alabama-Angelegenheit ausspricht. Er sagt: dieselbe sei zur Zeit nicht länger ein Gegenstand der Unterhandlung und Besprechung zwischen zwei Regierungen. Lord Stanley verweigere die Annahme einer schiedsrichterlichen Entscheidung über die Gesetzlichkeit oder Ausführbarkeit der Anerkennung der Südstaaten als kriegsführender Macht seitens Englands, und Mr. Seward bestehe darauf, daß diese Frage ebenfalls durch ein zu erwählendes Tribunal erwogen werden solle. Die Correspondenz über diese Frage sei geschlossen. (T. B. f. N.)

Southampton, 25. Jan. Nach Mittheilungen, welche mit dem am 20. d. M. von Gibraltar abgegangenen Dampfer „Nyanza" eingetroffen sind, ist im ganzen nördlichen Afrika in Folge davon, daß der Ertrag der vorigen Ernte unzureichend war, Mangel an Lebensmitteln fühlbar. Tausende, die in Gefahr sind, dem Hungertode anheimzufallen, begeben sich schaarenweise nach Tanger und Tetuan, um Unterstützung zu erhalten. Die britischen und spanischen Consulate lassen täglich Brot vertheilen. Für das gegenwärtige Jahr sollen sich die Ernteaussichten günstig gestalten. (T. B. f. N.)

Provinzial-Zeitung.

Kk. **Breslau**, 27. Januar. [Lehrerpetition.] Zu den vielen Petitionen in Schulangelegenheiten ist eine neue hinzugekommen. Am 25. d. M. ist eine von sämmtlichen katholischen Lehrern der Elementar- und Pfarrschulen der Stadt Breslau unterzeichnete Petition an das Haus der Abgeordneten abgesendet worden, in welcher die Petenten das hohe Haus ersuchen: Dasselbe wolle die beiden vom königlichen Staatsministerium dem Herrenhause vorgelegten Gesetzes-Vorlagen „über die Einrichtung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschule" und „die Pensionirung der Lehrer derselben" als sich unter dem Niveau der in den letzten 20 Jahren in Hunderten von Gesuchen und Vorstellungen ausgesprochenen Lehrerwünsche stehend, und weder die allgemeinen Schul-, noch auch die Dotations- und Pensionsverhältnisse der Lehrer und ihrer Wittwen in genügender Weise ordnend, vielmehr die alten, allgemein anerkannten und vielbeklagten Mißstände gesetzlich verewigend, ablehnen und an ihre Stelle andere, die Forderungen der Zeit mehr berücksichtigende Entwürfe mit dem Staatsministerium vereinbaren.

---

† **Breslau**, 24. Januar. [Schuhmacher-Association zur „Weintraube".] In der gestern abgehaltenen General-Versammlung erstattete der Lagerhalter Herr **Wolff** den Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 1867. Beim Abschlusse des Vorjahres verblieb ein Waarenbestand von 6696 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf.; der Zukauf an Waaren pro 1867 betrug 20,710 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf., zusammen 27,407 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. Baar verkauft wurde für 20,850 Thlr.; es verbleibt sonach ein Lager im Werthe von 6557 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. Verdient wurden durch Aufschlag 1203 Thlr., durch Baarzahlung 430 Thlr., durch Zinsen für Creditgeben 270 Thlr. und durch verschiedene anderweite Einnahmen zusammen 2302 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf., dagegen an Spesen verausgabt 326 Thlr. 17 Sgr. 7 Pf., so daß ein Gewinn im Betrage von 1975 Thlr. 22 Sgr. verbleibt. Hiervon entfallen auf die Verwaltung (2 Proceut) 417 Thlr., 6 Procent Zinsen an die Mitglieder fürs Guthaben 449 Thlr. 24 Sgr. 9 Pf., Dividende (3⅓ Procent) 695 Thaler, zusammen 1561 Thlr. 24 Sgr. 9 Pf., so daß fürs Waarenlager ein Bestand von 413 Thlr. 27 Sgr. 3 Pf. verbleibt. — Das Guthaben der Mitglieder betrug nach Abzug von 1282 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf. Capitalien 6214 Thlr. 21 Sgr. 1 Pf.; demselben flossen zu durch Zutritt zweier Mitglieder 50 Thlr., gutgeschrieben wurden nach Abzug der zu zahlenden Zinsen im Betrage von 270 Thlr. 19 Sgr. 4 Pf.: 1291 Thlr. 5 Sgr. 5 Pf.; das Mitglieder-Guthaben beträgt sonach zusammen 7555 Thlr. 26 Sgr. 6 Pf. Der Aufschlag aufs Waarenlager beträgt 413 Thlr. 27 Sgr. 3 Pf., so daß das Gesellschafts-Vermögen sich auf 7969 Thlr. 23 Sgr. 9 Pf. beläuft, wovon 6557 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. im Waarenlager, 1029 Thlr. 6 Sgr. 9 Pf. verzinslich beim Vorschuß-Verein angelegt, 382 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. baar vorhanden. — Die Zahl der Mitglieder beträgt gegenwärtig 52. — Nachdem dem Schatzmeister dankend Decharge ertheilt, wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten und Herr Kegler zum Vorsitzenden, Herr Sack und Herr Schäche zu Beisitzern, Herr Zschoche zum Kassirer, Herr Wolff zum Lagerhalter gewählt. Auf Antrag eines Mitgliedes wurden 15 Thlr. aus der Kasse für die Nothleidenden in Ostpreußen bewilligt.

Breslau, 24. Januar. [Christkatholische (freie) Gemeinde.] Die nächsten Erbauungen finden am Sonntag den 9. Februar und am 8. März statt und wird mit letzterer zugleich die Feier des am 9. März wiederkehrenden Stiftungsfestes verbunden sein.

= **Breslau**, 27. Januar. [Alarmirung der Feuerwehr.] In der Antonienstraße Nr. 17 belegenen Schmiede-Werkstatt gerieth einiges auf dem Schmiedeheerde zum Trocknen aufgestelltes Holz gestern Abend 9 Uhr in Brand und veranlaßte dies eine Alarmirung der Feuerwehr die in kurzer Zeit jede weitere Gefahr beseitigte.

=ch= **Oppeln**, 25. Jan. [Stand der Oder.] Seit gestern Nachmittag hat die Oder auf den offenen Stellen bedeutende Massen Treibeis geführt, welche sich während der Nacht wieder zusammengeschoben und in Folge des eingetretenen Frostes eine zusammenhängende Decke gebildet haben. Das Wasser ist bei Oppeln während der Nacht um 1 Fuß gestiegen und steht jetzt auf 15′ 5″. Bei eintretendem Thauwetter sind, wenn der Frost lange anhalten und noch neue Eismassen bilden sollte, erhebliche Gefahren für die niedriger liegenden Oderdörfer nicht ausgeschlossen. Unsere auf dem linken Oderufer befindliche Odervorstadt steht ebenso, wie die niedrig gelegenen Theile der unterhalb an der Oder befindlichen Ortschaften, als Sacrau, Czarnowanz, Borrek, Slawitz, Halbendorf, Zelasno, Döbern rc. bereits unter Wasser und müssen die Einwohner in den dortigen Häusern zum Theil bereits zur zweiten Etage ihre Zuflucht nehmen. Die Eissprengungen erweisen sich bei dem jetzigen Froste als unwirksam, weil die zerrissenen Eisdecken sofort wieder zusammenfrieren. — Gestern Abend hätte sich in **Krappitz** wieder ein bedeutendes Unglück ereignen können, indem die dort über die Oder gehende Fähre bei der Dunkelheit noch einmal übersetzen wollte und dabei von herankommenden Eisschollen fortgerissen wurde. Zwei Leute waren beim Eintritt der Gefahr auf die schwache Eisdecke gesprungen und versanken, wurden aber zum Glück von den auf der Fähre befindlichen Schiffern gerettet, die denn auch die letztere mit großen Schwierigkeiten nach dem rechten Oderufer zurück brachten.

△ **Zabrze**, 25. Januar. [Die Ostpreußen mit der Cholera.] Gestern Abend traf der erste Transport der in den Oberschlesischen Gruben und Hütten für die Wintermonate zu beschäftigenden Ostpreußen ein. Leider wurde hierbei sofort die Cholera wieder importirt, auch waren, wie wir hören, weder die hiesige Polizei-Verwaltung noch die Gemeinde-Vertreter von dieser für den Ort sehr bedeutungsvollen Maßregel in Kenntniß gesetzt.

—y. **Myslowitz**, 24. Jan. [Vorschußverein.] In der vor einigen Tagen abgehaltenen dritten ordentlichen Generalversammlung des hiesigen Vorschuß-Vereins legte der Vereins-Kassirer Spediteur Frey den Kassen-Bericht des verflossenen Quartals vor. Nach demselben betrug der zeitherige Umsatz über 5000 Thlr. Nachdem auf Antrag des Vorstandes der Höchstbetrag des vom Verein zu gewährenden Credits auf 200 Thlr. festgesetzt worden war, wurde die Wal neuer Verwaltungsrathsmitglieder vorgenommen. Gewählt wurden die Herren Haberkern, Chylinsky, Herzberg, Katschinsky, Kuhn, Landsberger, Müller, Pulvermacher und Präbendar Schmidt. — Letzterer soll dem Vernehmen nach die Wahl nicht angenommen haben. — Dies wäre um so bedauerlicher, da die Uebernahme dieses Amtes seitens des Hrn. Schmidt gewiß geeignet gewesen wäre, mancherlei von verschiedenen Seiten gegen diesen jungen Verein gehegte Vorurtheile zu beseitigen.

Schützen- und Turn-Zeitung.

Wien, 21. Jan. [Zum dritten deutschen Bundesschießen.] Aus dem Bau-Programm zur Preisausschreibung heben wir folgende interessante Data hervor. Die zum Zweck des Festschießens erforderlichen Baulichkeiten theilen sich in: A. Die Schießhalle mit allen dazu gehörigen Räumlichkeiten. B. Die Festhalle mit den Wirthschaftsgebäuden. C. Den Gabentempel. D. Die Einfriedung des ganzen Platzes mit den Portalen. Für die Einrichtung der Schießhalle sind u. Anderem folgende Daten als maßgebend zu betrachten: Es sind im Minimum 160 Schießstände einzurichten, davon entfallen 98 für Feld mit der Distanz von 158° (300 Metres) und 62 auf Stand mit der Distanz von 92° (175 Metres). Jeder Schießstand bedarf einer Breite von 8′ und einer Tiefe von 5′. Die Haupt-Communication hinter den Schießständen soll im Minimum eine Breite von 12′ haben.

Die Festhalle, um auch dieser kurz zu erwähnen, soll zur Aufnahme von Schützen und Gästen, zu Banketten und sonstigen Festlichkeiten Sitzplätze

für 6000 Personen sammt den dazu gehörigen Tischen erhalten. Auch kann die Festhalle mit einer Gallerie für Zuschauer construirt werden und soll auf derselben eventuell der für 2 Musikbanden erforderliche Platz disponibel sein. Die Räumlichkeiten für Wirthschaftszwecke stehen mit der Festhalle in unmittelbarer Verbindung und erfordern einen Flächenraum von ca. 1200 Qu.-F.

Die Theilnahme für das 3. deutsche Bundesschießen ist in ganz Deutschland eine außerordentliche.

Sprechsaal.

Ein neuer Gesichtspunkt in der Wohnungsfrage.

Das Geschwornengericht (Jury) über die 10. Gruppe auf der Pariser Welt-Ausstellung von 1867, bestehend aus zwei Franzosen, zwei Engländern, einem Norddeutschen (Dr. Julius Faucher) und einem Oesterreicher, kam in der Untersuchung der Anforderungen, welche unter den Rücksichten auf die Gesundheit, auf die sittliche Seite des Familienlebens und auf die wirthschaftliche Thätigkeit in der Familie an die Wohnung zu stellen seien, zu dem Endurtheil, daß nur diejenige Wohnung, welche aus einem ganzen Hause besteht, allen diesen Dreien vollständig genügen könne.

Es ward dabei auch als zweifellos festgestellt, daß ein Haus aus zwei Geschossen, sowohl dem eingeschössigen als dem mehrgeschössigen vorzuziehen sei, daß es unterkellert sein müßte, aber der Keller nur für die Aufbewahrung von Vorräthen eingerichtet sein dürfe, und daß die Schlafzimmer in das obere, ganze oder halbe Geschoß zu verlegen seien.

Ueber das Verhältniß der unteren zu den oberen Stockwerken in großen Häusern ist ein ganz neues, bedeutsames Resultat aufgefunden worden. Wir unterlassen nicht, dasselbe besonders den Herren Aerzten zur Beachtung zu empfehlen! Dr. Julius Faucher schreibt nämlich in seinem Aufsatze: „Die zehnte Gruppe auf der internationalen Ausstellung in Paris“ (veröffentlicht in dem soeben erschienenen 2. Bande vom 5. Jahrgange der Vierteljahrsschrift für Volkswirthschaft und Culturgeschichte):

„Auf die Festsetzung der Geschoßzahl und der damit verknüpften Neben-Bedingungen war vor Allem die medicinische Erfahrung von Einfluß. Sonderbarer, und zur Vorsicht in all dergleichen Urtheilen mahnender Weise hatte sie früher für das Gegentheil, für möglichst große Stockwerkzahl, zu sprechen geschienen. Denn in großen Städten mit hohen Häusern hatte sich als ganz feststehend herausgestellt, daß die Zahl derjenigen Krankheitsfälle, bei denen Zusammenhang mit dem Zustande der Wohnung zu vermuthen ist, vom untersten Geschoß nach oben zu abnimmt. Natürlich war es kurzsichtig genug, sich dadurch täuschen zu lassen, aber so lange man nicht genauer zugesehen hatte, ließ sich der im Uebrigen nahe liegende Einwand, daß die oberen Stockwerke an den Krankheiten der unteren Schuld seien, immerhin noch, als bloße Vermuthung, vorläufig zurückweisen. Daß der Einwand nicht mehr bloße Vermuthung ist, trug zu obiger Festsetzung bei. Aerzte, die gescheut genug gewesen sind, die ihnen vorgekommenen Fälle nicht bloß nach der Nummer des Stockwerks von unten an gezählt, sondern auch nach dessen Nummer von oben an gezählt zu vermerken, haben sich, in sprechender Uebereinstimmung, den Beweis verschafft, daß die Zahl der Fälle nicht so sehr im umgekehrten Verhältniß zur ersten, als im geraden Verhältniß zur zweiten steht. Der Werth der Medicinal-Statistik kommt täglich mehr zur Anerkennung, aber ein großer Theil dieser Anerkennung besteht bisher im Wort statt in der That. Das verdienstvolle Beispiel einiger namhaften englischen Aerzte, ihr Krankenbuch zum brauchbaren Anhalt für statistische Ermittelung aller Art zu machen, hat unter den übrigen Aerzten, besonders unter den deutschen, bei Weitem nicht genug Nachahmung gefunden. Kein Arzt sollte, schon im Interesse seiner eigenen Wissenschaft, in dieser Beziehung die geringe Mühe, die nöthig ist, scheuen. Je mehr Umstände er vermerkt, je mehr Rubriken er anlegt, desto besser sei die Vermuthung, die ihn auf den Umstand aufmerksam macht, auch noch so vage. Von dem Krankenbuche des einzelnen Arztes sind freilich nur Fingerzeige zu erwarten, aber der Fingerzeig, der sich in vielen Krankenbüchern wiederholen wird, wird dadurch allmälig die Gestalt eines Beweises annehmen. Jene Beobachtung z. B., daß die Zahl der Krankheitsfälle, welche auf die Wohnung als die Brütestätte der Krankheit hinweisen, nicht, wie man Anfangs aus ungeschickter Aufzeichnung schloß, mit der Stellenzahl des Geschosses, vom Boden an gerechnet, abnimmt, sondern mit seiner Stellenzahl, vom First an gerechnet, zunimmt, was ganz etwas Anderes ist, reicht für sichere praktische Anwendung noch lange nicht aus. Aus welchen besonderen Gründen ist das Geschoß, über dem viele andere aufgethürmt sind, so gefährlich? Eine große Anzahl solcher Gründe ist denkbar und das Wahre auf dem medicinal-statistischen Wege nur erreichbar, wenn sowohl in Betreff der Krankheit als der besonderen baulichen Umstände genauer unterschieden und Weiteres zusammengestellt wird. Das, woran man hauptsächlich gedacht: das Sacken der absorbirten Stoffe in den senkrechten Aufmauerungen, vielleicht durch Cementschichten in der Tiefe, die das Aufsteigen der Feuchtigkeit aus dem Boden verhindern sollten, aber nun auch abschließend wirken, ist nicht die einzige, medicinal beachtbare Folge der Stockwerksthürmung. Um nur Eins zu erwähnen, folgt auch, wenn die Straße nicht breit genug: Verkümmerung des Lichtes. Die Ventilation der Straße selbst ist ferner nicht ohne Einfluß auf die Ventilation der Wohnung. Und so geht es fort. Es ist nur zu wünschen, daß der nun in Paris gegebene Anstoß zu medicinal-statistischem Fleiß in dieser Beziehung auch über die französische Grenze hinaus wirken möge.“

Auch das volkswirthschaftliche Urtheil der internationalen Jury sprach sich **für die Erbauung von zweigeschössigen Häusern** aus. W.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 25. Jan. 10 U. Ab.	331,86	—7,8	S. 3.	Ziemlich heiter.
26. Januar 6 U. Mrg.	330,92	—8,4	SO. 3.	Heiter.
2 U. Nachm.	331,38	—4,1	SO. 1.	Wolkig.
10 U. Abds.	332,17	—2,8	S. 0.	Trübe.
27. Januar 6 U. Mrg.	332,82	—1,8	S. 1.	Bed., Nacht Schnee.

Telegraphische Witterungsberichte vom 25. Januar.

Mrg.	Ort.	Baromet. Pariser Linien.	Therm. Reaum.	Wind, Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
6	Memel	341,3	—16,6	O., mäßig.	Heiter.
7	Königsberg	341,8	—13,8	NO., schwach.	—
6	Stettin	340,5	—8,4	S., mäßig.	Heiter.
—	Ratibor	332,2	—8,8	N., lebhaft.	Halb hell.
—	Münster	—	—	—	—
—	Trier	—	—	—	—
—	Flensburg	335,7	—5,3	S., lebhaft.	Bezogen.
8	Paris	336,6	0,0	WSW., mäßig.	Bedeckt, Schnee.
—	Haparanda	343,2	—26,6	SW., mäßig.	Halb bedeckt.
—	Helsingfors	—	—	—	—
—	Petersburg	—	—	—	—
—	Moskau	—	—	—	—
—	Stockholm	340,9	—8,9	ONO., schwach.	Bedeckt.
—	Skudesnäs	—	—	—	—

Breslau, 27. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 17 F. 6 Z. U.-P. 6 F. — Z. Eisstand.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 25. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Träge. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93 gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 68, 40—68, 30. Italien. 5proc. Rente 42, 82½. Oesterr. Staatseisenbahn-Actien 513, 75. Credit-Mobil.-Actien 167, 50. Lomb. Eisenb.-Actien 346, 25. Oesterreich. Anleihe von 1865 pr. cpt. 338, 75. 6proc. Ver.-St.-Anl. pr. 1882 (ungest.) 81½.

London, 25. Januar, Nachmitt. 4 Uhr. Schluß-Course. Consols 92 15/16. 1proc. Spanier 35¼. Italienische 5proc. Rente 42 17/16. Lombarden 13 13/16. Mexicaner 15 15/16. 5% Russen 86¾. Neue Russen 86¼. Silber 60 7/16. Türkische Anleihe de 1865 31¼. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pro 1882 72. — Aus der Bank von England sind heute 10,000 Pfd. Sterling nach Alexandrien abgegangen.

London, 25. Jan. Zucker matt und leblos. Thee und Kaffee fest aber ruhig.

Frankfurt a. M., 25. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 98⅞. Oesterr. National-Anleihe 53½. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 76⅛. Hessische Ludwigsbahn 129¾. Baierische Prämien-Anleihe —. 1854er Loose 60¼. 1860er Loose 71⅛. 1864er Loose 77¼. — Fest aber still. Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 184, Staatsbahn 242½.

Frankfurt a. M., 26. Jan., Mittags. [Effecten-Societät.] Fest, aber sehr leblos. Amerikaner 76⅛. Creditactien 184½. 1860er Loose 71¼. Staatsbahn 243. Steuerfreie Anleihe 48⅝.

Wien, 25. Jan. [Abend-Börse.] Credit-Actien 186, 20. 1860er Loose 84, 45. 1864er Loose 78, 70. Staatsbahn 244, 70. Steuerfreie Anleihe —, —. Napoleonsd'or 9, 59½. — Ruhig, aber ziemlich fest.

Wien, 26. Jan., Mittags, [Privat-Verkehr.] Credit-Actien 186, 60. Staatsbahn 244, 90, 1860er Loose 84, 40. 1864er Loose 78, 70. Galizier 198, 75, Lombarden 164, 00. Napoleonsd'or 9, 59½, Steuerfreie Anleihe 57, 60. — Fest, aber leblos.

Hamburg, 25. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84¼. National-Anleihe 54¾. Oesterr. Credit-Actien 78⅛. Oesterreichische 1860er Loose 70¾. Staatsbahn 509½. Lombarden 340½. Italien. Rente 42⅝. Vereinsbank 111. Norddeutsche Bank 119¼. Rheinische Bahn 114½. Nordbahn 94⅞. Altona-Kiel —. Finnländische Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 96¾. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 95¾. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69⅜. Disconto 1½ pCt. — Fonds fest, aber stille, 1866r Russen sehr begehrt, Valuten sehr angenehm.

Hamburg, 25. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fest, knapp; auf Termine Anfangs höher. Weizen per Januar 5400 Pfund netto 178 Bankothaler Br., 177 Gd., per Jan.-Febr. 178 Br., 177 Gld., per Frühjahr 179 Br. u. Gld. Roggen per Jan. 5000 Pfd. Brutto 142 Br., 140 Gd., Jan.-Febr. 141 Br., 140 Gld., per Frühjahr 139 Br. und Gd. Hafer stille. Rüböl geschäftslos, loco 22¼, per Mai 23¼ angeboten. Spiritus zu 28¾ angeboten. Zink sehr stille. — Schönes Wetter.

Liverpool, 25. Januar, Mittags. Baumwolle: 15,000 Ballen Umsatz. New-Orleans 8. Georgia 7¾. Fair Dhollerah 6¼. Middling fair Dhollerah 6. Good middling Dhollerah 5⅝. Bengal 5⅛. Good fair Bengal 5½. Fine Bengal —. New fair Oomra 6¼. Fair Oomra —. Good fair Oomra 6½. Pernam 7¾. Egyptian —. Smyrna 6¼. Orleans schwimmend —. Savannah schwimmend —. Guter Markt zu vollen Preisen.

Antwerpen, 25. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schluß-Bericht.) Steigend. Raffin. Type weiß, loco 44 bez., 44½ Br., per Januar 43½ bez.

Newyork, 25. Januar, Abends. (Per atlantisches Kabel.) [Wöchentlicher Baumwoll-Bericht.] (Von Neill Brothers.) Zufuhr in allen Verschiffungshäfen in letzter Woche 82,000 B., Export nach Großbritannien 47,000 B., Export nach dem Continent 25,000 B., Vorrath in sämmtlichen Verschiffungshäfen 350,000 B.

Newyork, 25. Jan., Abends 6 Uhr. (Per atlant. Kabel.) Wechsel auf London in Gold 109⅝. Goldagio 40. Bonds von 1882 111. Bonds von 1885 109⅝. Bonds von 1904 104. Illinois 133½. Eriebahn 76¾. Baumwolle 18¼. Petroleum raffinirt, Type weiß 24. Mais 1 D. 28 C. An Contanten sind 516,000 Dollars nach Europa verschifft. Der Dampfer „Bavaria“ ist Freitag Nachmittag hier eingetroffen.

New-Orleans, 24. Jan., Abends. (Per atlantisches Kabel.) Baumwollbericht. (Von Prehn u. Comp.) Middling Orleans 7⅛ D., low Middling 7 D., good ordynary 6⅝ D. Brutto, „Cost und Fracht“ per Segelschiff nach Liverpool.

Paris, 25. Jan., Nachmitt. Rüböl pr. Januar 92, 50, pr. Mai-August 92, 50, pr. September-December 92, 50. Mehl pr. Januar 89, 00, pr. März-April 89, 25. Spiritus pr. Januar 65, 50.

London, 26. Jan., Morgens. Der westindische Dampfer „Douro“ ist in der vergangenen Nacht in Plymouth eingetroffen.

Die Rübenzucker-Production Europa's in der Campagne 1867/68 beziffert sich auf 6,937,500 Tons (12,750,000 Ctr.) gegen 677,105 T. (13,542,100 Ctr.) 1866/7. Die Rohzucker-Production schreitet nicht zurück. Cuba producirt 530,000 T., Westindien, ohne die französischen Colonien, 250,000 T., die französischen Colonien 130,000 T. Die Gesammt-Zuckerproduction beläuft sich auf 2,333,600 T. (46,672,000 Ctr.), nach Anderen 60 Mill. Ctr., wovon die Rübe nur den vierten bis fünften Theil liefert. Der verhältnißmäßig meiste Zucker wird in Australien consumirt, im Jahre 1866 79,56 engl. Pfd. per Kopf, in Großbritannien 44,15, in den Ver. Staaten 37,11, in Frankreich 17,68, in Holland 14,86 engl. Pfd. per Kopf (im Zollverein etwa 10 Zoll-Pfund = 9 engl. Pfd. per Kopf).

Berlin, 26. Januar. [Course aus dem heutigen Privatverkehr.] Feste Stimmung. Wir notiren: Oesterreichische Credit-Actien 78¾ bis 79 bez., 1860er Loose 71½ bez., Lombarden 92½—⅝ bez., Franzosen 138¾—⅞ bez., kurz Wien 84¾ bez., Amerikaner 76⅝ per Kassa bez., per ult. 76½ bez., Italiener 43¼ per ult. bez., Oberschlesische 185 bez., Cosel-Oderberger 77¼—½ bez., Rheinische 116 bez. u. Br., Mainz-Ludwighafener 128¼ Gd.

[Breslauer Börse vom 27. Jan.] Schluß-Course (1 Uhr Nachm.. Russisch Papiergeld 84⅔—¾ bez. Oesterr. Banknoten 85⅙—1/12 bez. u. Br. Schles. Rentenbriefe 90⅝ bez. Schles. Pfandbriefe 83¾ bez. u. Br. Oesterr. National-Anleihe 55¾ bez. Freiburger 118½ bez. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Litt. A. und C. 185⅛ bez. Wilhelmsbahn 77⅜ bez. Oppeln-Tarnowitzer 73¾ bez. Oesterr. Creditbank-Actien 79¼—½ bez. Schles. Bank-Verein 111½ Gld. 1860er Loose 71⅞ bez. Amerikaner 76⅝ bez. Warschau-Wiener 58½ Br. Minerva 34¼ Br. Baierische Anleihe —. Italiener 43½ Br.

Breslau, 27. Januar. Preise der Cerealien.

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	121—123	117	109—112	Gerste	67—69	65	60—63
do. gelber,	119—121	116	108—111	Hafer	44	43	42
Roggen	97	96	94—95	Erbsen	78—82	76	72—74

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps** und **Rübsen**.

Raps	193	183	169	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübsen	179	169	159	
Sommerrübsen	167	157	147	
Dotter	165	155	145	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 19 Br. 18 11/12 Gd.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. — Ctr. Roggen. — Ctr. Leinöl. — Ctr. Rüböl. 5,000 Qrt. Spiritus. — Ctr. Leinkuchen.

Breslau, 27. Januar. Bei ruhigerer Stimmung waren Getreidepreise am heutigen Markte schwach behauptet, der Umsatz blieb bei reichlchen Zufuhren ziemlich belangreich.

Weizen schwach behauptet, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 108—123 Sgr., gelber 108—120 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen ungefähr preishaltend, pr. 84 Pfd. 92—97 Sgr., feinste Sorte 98 Sgr. bezahlt. — Gerste sehr fest, pr. 74 Pfund gelbe 57 bis 60 Sgr., helle 62—65 Sgr., weiße 66—68 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer, begehrt, pr. 50 Pfund 42—44 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen schwach beachtet. — Wicken beachtet, pr. 90 Pfd. 60—65 Sgr. — Oelsaaten matte Stimmung. — Lupinen reichlich angeboten, pr. 90 Pfd. gelbe 42—46 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Bohnen schwach beachtet, pr. 90 Pfd. 90—96 Sgr. — Schlaglein preishaltend. — Rapskuchen mehr beachtet, 62—65 Sgr. pr. Ctnr. — Mais (Kukuruz) 76—81 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schffl.		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Weißer Weizen	109—118—124	Schlag-Leinsaat	175—190—200
Gelber Weizen	108—114—121	Winter-Raps	174—184—194
Roggen	93—96—98	Winter-Rübsen	160—170—180
Gerste	60—64—68	Sommer-Rübsen	145—158—165
Hafer	42—43—44	Leindotter	145—150—162
Erbsen	70—76—82		

Kleesaat in ruhiger Stimmung, rothe 13—14—15 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, — weiße zumeist in geringen Qualitäten angeboten, 16—20—22 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Thymothee ohne Zufuhr, 8½—9½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Berlin, 27. Januar. Commercienrath Reichenheim (Abgeordneter) ist gestern gestorben.*)

*) Auf brieflichem Wege haben wir diese doch jedenfalls wichtige Nachricht gerade 2 Stunden früher erhalten, als durch den Telegraphen. S. oben unter „Berlin“. Die Red. der Bresl. Ztg.

Florenz, 26. Jan., Abends. Alle Kammerbureaus erklärten sich zu Gunsten der provisorischen Budgetbewilligung pro Februar. — Die „Italien. Corresp.“ sagt: Wenn neuerdings eine Annäherung zwischen Preußen und Frankreich stattgefunden, so hat Italien Grund, über solche Eventualität erfreut zu sein.

Das 4. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 6966 die Bestätigungs-Urkunde, betreffend den ersten und zweiten Nachtrag zum Statut der Berlin-Görlitzer Eisenbahn-Gesellschaft, vom 13. Januar 1868; und unter Nr. 6967 das Privilegium wegen Emission auf den Inhaber lautender Prioritäts-Obligationen der Berlin-Görlitzer Eisenbahn-Gesellschaft von Einer Million zweimal hundert funfzig Tausend Thalern, vom 13. Januar 1868.

Berliner Börse vom 25. Januar 1868.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	96¼ G
Staats-Anl. von 1859	5	103⅛ bz.
dito 1854.55.57	4½	96 bz.
dito 1859	4½	96 bz.
dito 1856	4½	96¼ bz.
dito 1864	4½	96 bz.
dito 1867	4½	96 bz.
dito 1850/52	4	89⅝ bz.
dito 1853	4	89⅝ bz.
dito 1862	4	89⅝ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83⅝ B.
Präm.-Anl. von 1855	3½	115 bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96¼ bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	76¼ bz.
Pommersche	3½	76½ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	84¾ à 81⅞ bz.
Schlesische	3½	83½ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	90⅜ B.
Pommersche	4	90⅜ bz.
Posensche	4	89 bz.
Preussische	4	89 bz.
Westph. u. Rhein.	4	92½ G.
Sächsische	4	90½ G.
Schlesische	4	90½ bz.

Louisd'or 112⅜ bz. | Oest. Bk. 85 bz.
Goldk. 9. 10 G. | Poln. Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	47¾ bz. u. G.
dito Nat.-Anl.	5	55⅝ bz.
dito Lot.-A. v. 60	5	71⅜ à ⅝ bz.
dito dito 64	—	44¼ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	61½ G.
dito Eisenb.-L.	—	73 bz.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	43¼ bz. u. G
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	85⅜ bz.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	63⅞ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57⅞ bz.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	49¾ b .
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	95½ G.
dito à 300 Fl.	5	92 B.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53⅜ etw. bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29¾ B.
Amerikan. St.-Anl.	6	76½ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	95¼ B.
dito IV.	4½	93 bz.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	77 B.
Cöln-Minden	4½	97¼ G.
dito II.	5	101½ G.
dito	4	84½ B.
dito III.	4	83 G.
dito	4½	94 bz. u. G.
dito IV.	4	83⅜ bz.
dito V.	4	83¼ B.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4½	— — —
dito III. Em.	4	86½ G.
dito IV. Em.	4½	85½ B.
Gal. Ludwigsb.	5	81 bz. n. 76 bz.
Niederschl.-Märk.	4	87¾ G.
dito conv.	4	87¾ G.
dito III.	4	86 bz.
dito IV.	4½	95 G.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100½ B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77⅜ G.
dito C.	4	85⅜ G.
dito D.	4	85⅜ G.
dito E.	3½	77⅜ G.
dito F.	4½	— — —
dito G.	4½	92⅝ B.
Oesterr.-Franz.	3	259½ bz.
Oesterr. südl. St.-B.	3	209¼ bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	95½ G.
Rhein-Nahe-B gar.	4½	93 G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	29 bz.
Amsterd. Rottd.	7¼	4¾	4	100½ B.
Berg.-Märkische	9	8	4	136¾ bz.
Berlin-Anhalt	13	13¼	4	211 bz
Berlin-Görlitz	—	—	4	78¾ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	97¼ bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	159½ bz.
Berl.-Potsd-Mgd.	16	16	4	198½ bz.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	137½ bz.
Böhm.-Westb.	—	5	5	62⅜ bz.
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	118⅜ bz.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	136¼ bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2⅛	4	77 bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	85½ bz.
dito dito	—	5	5	89½ bz.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	84½ G.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅔	4	156½ G.
Magd.-Halberst.	15	—	4	169 bz.
Magd.-Leipzig	20	—	4	205 bz.
Mainz-Ludwgsh.	8	—	4	127¾ à 8¼ bz.
Mecklenburger	3	3	4	75¼ bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	89⅝ bz.
Niedrschl.-Märk.	—	4	4	88⅛ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	77 bz.
Nordbahn, Hess.	4	—	4	— — —
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	184¾ bz.
dito B.	11⅔	12	3½	164¾ bz.
dito C.	11⅔	12	3½	184¾ bz.
Oest.-Fr. St.-B.	5	—	5	138½ à ⅝ bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	92½ à ¾ à ½ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73½ bz. u. G.
R. Oderuf. St.-A.	—	—	5	73¾ bz.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	88 G.
Rheinische	7	—	4	115¾ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	30⅜ bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93¼ bz.
Thüringer	—	—	4	129 bz.
Warschau-Wien	8½	—	5	58½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	157½ G.
Braunschw. B.	—	0	4	96¾ B.
Bremer Bank	6½	8	4	113 G.
Danziger Bank	7 3/10	8	4	108 G.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	96 B
Geraer Bank	7⅝	7⅜	4	99⅞ etw. bz.
Gothaer „	7½	5	4	89¼ bz.
Hannoversche B.	4	5⅕	4	77½ B.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	118¼ B.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	111¼ bz.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	111 G.
Luxemburger B.	6	6	4	78¾ bz.
Magdeburger B.	5½	5	4	90 G.
Posener Bank	6½	7½	4	99½ B.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	153 bz. u. G.
Thüringer Bank	4	4	4	64⅛ B.
Weimar	6½	4¼	4	82½ G.
—				
Berl. Hand.-Ges.	8	3	4	109½ B.
Coburg. Credb. A.	8½	4	4	69¾ B.
Darmstädter „	8½	6½	4	83⅞ à ½ bz. u. G.
Dessauer „	—	0	—	2⅛ G.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	108¾ bz. u. G.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	21¾ bz.
Leipziger „	4	—	4	89¼ bz. u. G.
Meininger „	7	—	4	89 bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	18½ bz. u. G.
Oest. Credb.-A.	4½	—	5	78¾ bz.
Schl. Bank-Ver.	7½	7½	4	111⅛ B.
—				
Minerva	1	—	5	34¼ bz. u. G.
Frb. v. Eisenbdf.	5½	10	5	125 etw. bz. u. G.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	143¼ bz.	Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 24 G.
dito dito	2 M.	142¾ bz.	Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅝ G.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151⅜ bz.	dito dito	2 M.	99 [illegible] G.
dito dito	2 M.	151 bz.	Frankfurt a. M. 100 Fl	2 M.	56. 28 G.
London 1 Lstr.	3 M.	6. 23⅞ bz.	Petersburg 100 S.-R.	3 W.	93¼ G.
Paris 300 Frcs.	2 M.	81 1/12 bz.	dito dito	3 M.	91¾ G.
Wien 150 Fl.	8 T.	84⅞ bz.	Warschau 20 S.-R.	8 T.	84⅜ bz.
dito	2 M.	84⅜ bz.	Bremen 100 Thlr. Gold	8 T.	111⅜ bz.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.